

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.
A. Dohlen u. Verlagsanstalt: Prag II, Hrbstova 15 • Tel. 1: 30703, 31400, Nachdruck (ab 21 Uhr): 33556 • Verlagsamt: 37344

12 Jahrgang.

Freitag, 30. Dezember 1932

Nr. 307.

Die französische Kammer stimmt der österreichischen Anleihe zu.

Ausgabe von Kassenscheinen in der Höhe von 5 Milliarden Franks vom Senat beschlossen.

Paris, 29. Dezember. Der heutige Tag ist vom parlamentarischen Standpunkt ein „großer Tag“. Am Programm steht der Regierungsentwurf über die Staatsgarantie für die österreichische Anleihe. Die Stimmung kann eher als ungünstig bezeichnet werden. Die Sozialisten werden für die Vorlage stimmen, die Radikalen sind in dieser Frage absolut uneinig. (Jahresblätter verzeichnen die Erklärung des Vorsitzenden des Ausschusses der Kammer Francois Albert, der erklärte, die Radikalen würden nicht ob sie „für die Best oder für die Cholerera“ stimmen sollten, d. h. für oder gegen. Es scheint, daß sich viele Mitglieder der Linksgruppen und der Mitte der Stimme enthalten werden.)

Die Debatte über die Staatsgarantie für die österreichische Anleihe eröffnete heute in der Deputiertenkammer der Rechten, Louis Marin. Er führte an, daß zur Behebung weder der gegenwärtigen noch der zukünftigen Finanznot, noch die Sicherheit, daß Österreich die Anleihe zurückzahlen werde, noch außenpolitische Gründe herangezogen werden könnten. Er erinnerte daran, daß Österreich in den letzten Jahren mehrmals sein Wort und seine Verpflichtungen nicht gehalten habe und das laufende Protokoll über die geplante Anleihe im österreichischen Nationalrat nur mit einer Mehrheit von einer Stimme bei der Opposition der Sozialisten angenommen worden sei.

Der Berichterstatter über die Regierungsvorlage, Deputierter Lamouroux, sagte in seiner sehr trockenen Rede, daß die geplante Anleihe vor allem als eine augenblickliche Hilfe für Österreich zu betrachten sei, das sich in einer finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeit befindet. Wenn Österreich jetzt diese finanzielle Unterstützung nicht erhalten würde, könnte es nicht seinen Zinsendienst für die Anleihe aus dem Jahr 1923 leisten, für die Frankreich und einige andere Staaten, darunter auch die Tschechoslowakei bürgen. Frankreich mühe in diesem Falle 75 Millionen Franken jährlich zahlen.

Der Berichterstatter des Außen Ausschusses, Deputierter Sienot, ist der Ansicht, daß die Garantie keinesfalls als Hilfe für Österreich angesehen werden dürfe, sondern als Teil der Gesamthilfe, welche Frankreich den übrigen Staaten in Mitteleuropa gewährt. Niemand würde verstehen, daß Frankreich, welche Hilfe hindurch eine edle Politik internationaler Solidarität betrieben hat, gerade jetzt zurückweicht, wo diese Hilfe am meisten nützt, und wo die übrigen großen Staaten der Anleihe für Österreich zustimmen.

Der kommunistische Deputierte Pexi spricht sich dagegen aus. Er meint, unter dem Vorwand auch auf den Rücken der Sozialisten und Radikalen, daß die Anleihe nicht zur Wälzung der Last des österreichischen Volkes verwendet werden wird, sondern für regierungspolitische Zwecke, insbesondere zur weiteren Förderung des österreichischen Faschismus.

Der ehemalige Finanzminister Riandin erachtet es für unmöglich, daß das französische Parlament seine Zustimmung zu der Garantie für die österreichische Anleihe gebe, und erinnert die Radikalen und Sozialisten an ihre reservierte Haltung bei der Bewilligung der Anleihe für die Tschechoslowakei. Riandin meint, daß Österreich zu viel brauche und stellt als Musterbeispiel die vollständige Staatswirtschaft der Tschechoslowakei hin, deren Budget das Budget Österreichs nicht übersteige.

Herriot für österreichische Anleihe.

Paris, 29. Dezember. Eine entschiedenere Stimmung brachte in die Nachmittagsitzung der Kammer eine Rede Herriots. Der gewählte Ministerpräsident übernahm die Aufgabe eines beratenden und stellvertretenden parlamentarischen Verteidigers Österreichs. Er erinnerte daran, daß in der letzten Gesetzgebungsperiode Anleihen ohne die Zustimmung des Parlaments gewährt wurden, z. B. 2.500 Millionen Francs an Ungarn. Er fügte hinzu, daß diese Anleihe bezüglich der Handels- oder Zollrückstellungen Frankreich keine Gegenpartei brachte. Heute aber ist der Tage anders. Herriot schilderte, unter welchen Umständen in Loupanne die internationale Hilfe für Österreich

beraten wurde und fügte hinzu, daß es sich um ein ganzes organisiertes System für alle bedürftigen Staaten in Mitteleuropa handelt. Die Kammer, rief Herriot, würde eine große Verantwortung auf sich nehmen, wenn sie diese Anleihe ablehnen würde, da Frankreich sie nicht nur Österreich, sondern auch dem Völkerbunde ablehnen würde.

Am 19. Uhr ergriff Ministerpräsident Paul-Boncour das Wort. In einer kurzen Rede erklärte er, daß sich diese Anleihe von den gewöhnlichen anderen Anleihen unterscheidet, da sie eine Folge früherer Verpflichtungen und sogar auch der Friedensverträge ist. Er appellierte an die Kammer, das Gesamtgewicht der wirtschaftlichen Erholung und des Friedens zu stärken; er fügte hinzu, daß die Regierung bei der Abstimmung die Vertrauensfrage stellen werde.

In der Diskussion, die in der gestrigen Sitzung des auswärtigen Ausschusses des französischen Senats über die Regierungsvorlage betreffend die österreichische Anleihe geführt wurde, war von sämtlichen Rednern, wie die Havas-Agentur berichtet, darauf hingewiesen worden, wie notwendig es für Frankreich sei, über die Politik Deutschlands und Italiens in der Anschlussfrage genau unterrichtet zu sein. Man wurde betont, daß man Österreich finanzielle Garantien nur bewilligen könne, wenn man dafür entscheidende politische Garantien von Österreich eintausche.

Ministerpräsident Paul-Boncour erklärte, das politische Interesse an der geplanten Anleihe bestehe ja gerade in der neuerlichen Bestätigung der Protokolle von 1922 durch Österreich.

Paris, 29. Dezember. Die sozialistische Kammerfraktion hat nach einstündiger ziemlich erregter Aussprache mit 40 gegen 9 Stimmen beschlossen, für den Gesetzentwurf zugunsten der österreichischen Anleihe zu stimmen.

Paris, 29. Dezember. Nach der Rede des Vorsitzenden der Regierung Paul-Boncour und einigen weiteren kurzen Reden schritt die Kammer

Durchbruch der üblichen Meistbegünstigungsklausel

im neuen deutsch-französischen Vertrag.

Paris, 28. Dezember. Das Außenministerium hat heute abends die in Berlin unterzeichneten deutsch-französischen Verträge veröffentlicht.

Es handelt sich einmal um das sogenannte Devisenabkommen: Wenn die Ausfuhr französischer Waren nach Deutschland das deutsche Exportnormaler Weise für die Bezahlung französischer Waren festgesetzte Devisenkontingente überschreitet, werden die Zahlungen, die darüber hinaus gehen, in Mark auf ein zu errichtendes Reichsbankkonto erfolgen. Diese Beträge werden zur Bezahlung deutscher Waren dienen, die nach Frankreich ausgeführt werden. Es erfolgt also kein Transfer.

Nerner handelt es sich um einen Zusatz zum Handelsvertrag vom August 1927. Das neue Abkommen bietet die Möglichkeit, daß beiderseits die gegenwärtig konsolidierten Zollsätze mit 15tägiger Frist abgeändert werden können.

Die Meistbegünstigungsklausel wird nicht mehr allgemein zur Anwendung kommen, sondern nur auf eine Liste von Produkten, die allerdings alle gegenseitigen Exportmöglichkeiten umfassen.

Das Abkommen enthält dann eine Bestimmung, wonach die Meistbegünstigungsklausel sich u. a. nicht erstreckt auf Währungsdruckmaßnahmen, Sonderabmachungen gemäß den Empfehlungen der Konferenz von Stresa, und auf Begünstigungen der künftigen mehrseitigen Abkommen, die dem Völkerbund angegliedert werden und denen alle Staaten beitreten können.

an die Abstimmung. Zuerst lebte die Kammer den Änderungsantrag des Abgeordneten der Rechten Louis Marin mit 387 gegen 189 Stimmen ab und nahm die Regierungsvorlage an. Die Sozialisten und die Radikalen stimmten für die Regierung. Der Senat wird die Vorlage betreffend die österreichische Anleihe morgen vormittags behandeln.

Paris, 29. Dezember. (Havas.) Die Deputiertenkammer hat den Gesetzentwurf betreffend die österreichische Anleihe mit 352 gegen 188 Stimmen angenommen. Die Regierung hatte die Vertrauensfrage gestellt.

Paris, 29. Dezember. Der Senat behandelte in der Nachmittags- und Abendsitzung die Vorlage über das Budgetzwölftel für Januar. Der Generalberichterstatter für das Budget Roy legte den Standpunkt des Finanzausschusses des Senats dar, der gegen Rotianleihen ist und kategorisch eine Politik der Ersparungen und einer wirklichen Sicherstellung des Gleichgewichtes ist. Finanzminister Chéron erklärte, daß diese Politik auch seine Politik sei und daß er im Januar dem Parlamente genaue Anträge vorlegen werde. Frey aber beharrte auf dem Standpunkt der Staatskasse in der Höhe von 5 Milliarden und nicht 3 Milliarden, wie es der Finanzausschuss des Senates vorschlägt, zur Verfügung zu haben. Er fügte hinzu, daß er bei der Abstimmung die Vertrauensfrage stellen werde.

Paris, 29. Dezember. (Havas.) Der gestrige Antrag des Finanzausschusses des Senates auf Herabsetzung des Betrages von 5 Milliarden auf 3 Milliarden für die von der Regierung geforderte Herausgabe von Kassenanweisungen hat große Aufmerksamkeit hervorgerufen. Finanzminister Chéron stellte nämlich Mittwoch in der Kammer gegenüber gleichlautenden Änderungsanträgen zweimal die Vertrauensfrage. Er erklärte hierbei, er stelle sich gegen jedwede Herabsetzung des geforderten Betrages von 5 Milliarden. Die Regierung wird daher genötigt sein, heute im Senate die Vertrauensfrage zu stellen.

Paris, 29. Dezember. (Havas.) Der Senat genehmigte mit 242 gegen 6 Stimmen den gesamten Regierungsentwurf über das Budgetzwölftel für den Monat Januar (welcher Entwurf von der Kammer bereits angenommen worden ist) und entsprach außerdem dem Ersuchen der Regierung, Kassenbons für 5 Milliarden Francs ausgeben zu dürfen.

Wohin flüchten Nazi-Fememörder? Nach Mussolinien!

Wie die „Frankfurter Zeitung“ berichtet, halten sich die Schuldigen des Dresdner Nazi-Fememordes jetzt in Italien auf, wo sie sich anscheinend sehr sicher fühlen. Sie sollen nämlich von ihrem neuen Aufenthaltsort aus ihren obersten SA-Borgesetzten und Brigadeführer, dem Vondagsabgeordneten Dr. Bennede in Dresden, mit einer Postkarte begrüßt haben. Bei der Auslieferung, die nunmehr aktuell werden wird und in kürzester Frist beantragt werden dürfte, spielt die Frage, ob es sich um ein politisches Verbrechen handelt, eine gewisse Rolle. Es ist zu bemerken, daß bis zur Stunde die Leitung der NSDAP dies entrüftet bestrittet.

Maßregelung eines sozialdemokratischen Plarrers.

Weimar, 29. Dezember. Wie die thüringische evangelische Pressekonferenz mitteilt, ist der Pfarrvikar Dr. Wolf in Meuselwitz, weil er sich in zahlreichen sozialdemokratischen Versammlungen betätigt hat, nach Blankenhain in Thüringen strafversetzt worden. Er hat nunmehr erklärt, daß er aus dem thüringischen Kirchendienst ausscheiden werde.

Genossin Dr. Simsen ebenfalls gemabregelt.

Weimar, 29. Dezember. Das thüringische Volksbildungsministerium hat Frau Dr. Simsen den Straußtrick unter der Begründung entzogen, daß sie als einzige Persönlichkeit, die zur Landes-unterstützung in Beziehung steht, die von einer Reihe deutscher Professoren veröffentlichte Erklärung für den in Heidelberg gemäßigten Dr. Gumpel unterschrieben habe.

Verfehlte Lehrpolitik.

Einer unsachlichen Polemik der „Freien Schulzeitung“ zur Erwidern.

Das Geleg über den Geschäftsbericht wurde am 29. Dezember 1932 vom Parlament beschlossen. Es war vorausgesetzt, daß eine vollständige Ablehnung der Regierungsvorlage nicht zu erreichen sein wird.

Aus einem Schreiben des Zentralausschusses des deutschen Lehrerbundes in Böhmen

Vorwürfe schweigend einzulassen, ist gemeinhin Sache dessen, der sich schuldberufen fühlt. Unser spiegelblankes Gewissen in Sachen der Schul- und Lehrpolitik hat es erfordert, unlangst die von der Geschäftsleitung des Deutschen Lehrerbundes gegen die Regierungsparteien erhobenen Pauschalvorwürfe vom Standpunkte der Sozialdemokratie aus mit sachlichen und eindringlichen Argumenten zurückzuweisen. Wenn nun die „Freie Schulzeitung“ darauf ausführlich reagiert, so ist dies im Interesse einer Klärung der Streitpunkte nur zu begrüßen. Wenn sie aber gleich einleitend meint, uns gebühre der „traurige Ruhm, der geschichtlich festgelegt zu werden verdient, am Tage vor der Vorlage des Abbaugesetzes den deutschen Lehrern die Leviten zu lesen“, dann bekennen sie damit selbst, daß nicht Sachlichkeit, sondern Verärgerung diesmal die Feder führte. Die sozialdemokratische Partei wird sich von niemandem verwehren lassen, ihre Politik auch vor der Lehrerschaft zu verteidigen, für deren berechnete Forderungen sie immer und überall eingetreten ist. Niemand hat jedoch das Privileg, von ihr zu fordern, daß sie ungerade Vorwürfe unerwidert lasse. Und wenn die Geschäftsleitung des Deutschen Lehrerbundes nunmehr eine Antwort, die ausschließlich ihrer Stellungnahme zugebacht war, als einen Angriff auf die gesamte deutsche Lehrerschaft hinzustellen bemüht ist, so ist dies eine Methode der Auseinandersetzung, die nicht nur organisierten Sozialdemokraten als der Leitung einer großen Berufsorganisation unwürdig erscheinen wird.

Wie haben Zweifel ausgesprochen, ob die von der Geschäftsleitung des Deutschen Lehrerbundes gewählte Vorgangsweise mit der stets betonten politischen Neutralität dieser Organisation im Einklang zu bringen ist. Diese Zweifel sind durch die Antwort der „Freien Schulzeitung“ noch bekräftigt worden. Denn sie begründet den wahrhaft diffamierenden Vorwurf, die Sozialdemokraten hätten als Regierungspartei ihr Wohlwollen gegenüber den Festbesoldeten nur in „Redensarten“ befunden, wie folgt:

„Schon im folgenden Jahre 1931, als man die Weimarer Schulreform verurteilte, brachte man wieder Redensarten, daß diese Kürzung nur vorübergehend sei und nur auf ein Jahr dauern soll. Ober waren das vielleicht keine Redensarten, als man ausgerechnet am 30. November 1932, am Tage vor dem Antrage der Zulage, die Weimarer Schulreform von Staatsbeamten und Lehrern Protestversammlungen gegen den Abbau durchführte. In diesen Versammlungen sprachen auch sozialdemokratische Redner und sozialdemokratische Parlamentarier. Waren es nicht Redensarten, wenn z. B. der Abgeordnete Kaufmann in Remotau erklärte, daß er und seine Partei gegen den Abbau stimmen werden? Waren es nicht Redensarten, wenn die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei auf eine Anfrage des Deutschen Lehrerbundes vom 27. Oktober 1932 antwortete, daß sie die Forderungen der Lehrerschaft anerkenne? Waren es nicht Redensarten, wenn der Klub der Abgeordneten der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei auf eine Anfrage des Deutschen Lehrerbundes vom 19. Februar 1932 antwortete: daß der Standpunkt unseres Klubs an Ihren Beibehaltung fragen sich in keiner Weise geändert hat, wir haben angenommen, daß dieser Standpunkt hinlänglich bekannt ist. Es wäre allerdings notwendig, daß auch alle anderen Parteien, die Abbau von Löhnen und Gehältern entgegennehmen.“ Braucht man noch andere Beispiele zu

die Behauptung, daß die Regierungsparteien, und dazu gehört die deutsche Sozialdemokratie, in Redensarten ihr Wohlwollen für die Bestbedienten des Staates bekundet haben?

Kurz vorher räumt die „Schulzeitung“ übrigens ein, daß die Gewährung der Weihnachtsgelohnung vor zwei Jahren ein Verdienst der Regierungsparteien war. Wir fragen nun: Könnte der ärgste politische Gegner den hier sinngemäß erhobenen Vorwurf ausdeuten, die Regierungsparteien hätten die Weihnachtsgelohnung zuerst durchgefämpft, um sie nachher mit Redensarten wieder abzubauen und die Gehälter dazu? Wenn sozialdemokratische Abgeordnete gegen den Gehaltsabbau öffentlich Stellung genommen haben, wenn der sozialdemokratische Parlamentsklub wahrheitsgemäß erklärt, daß sich kein bekannter Standpunkt in den Beförderungsfragen nicht geändert habe — beides allerdings zu einer Zeit, wo die schwindelnde Höhe des Budgetdefizits noch nicht bekannt war — kann man daraus eine Verpflichtung ableiten, daß ohne jede Rücksicht auf die katastrophale Verschlechterung der Situation eine Schlichte der Bevölkerung um jeden Preis von den Folgen der Krise verschont werden müsse? Hat die Geschäftsleitung des Lehrerbundes nie davon gehört, daß es in der Politik manchmal W a n g s l a g e n gibt, wo man einen Teil des Errungenen wieder preisgeben muß, um nicht mehr zu verlieren?

Daß eine Zwangslage da war und ist, möge eine andere „Redensart“ bekräftigen, die unseren Diskussionspartnern vielleicht beweiskräftiger klingen wird. Der deutsche Nationalsozialist G a h e r erklärte kürzlich im Parlament, man könne von einem ausgeglichenden Budget nicht sprechen, weil das Volkseinkommen um 40 Prozent gesunken sei, während die Staatsausgaben nur um elf Prozent gekürzt wurden. Ohne auf die gefährlichen Konsequenzen dieser Theorie einzugehen, die der nationalsozialistische Finanzreferent der Stadt Karlsbad ausgiebigst gezogen hat, seien diese Ziffern nur vermerkt, um darzutun, daß die Hauptlast der Krise bisher von den in der privatwirtschaftlichen Zone lebenden Menschen getragen wurde. Die drei Krisenjahre waren ausgefüllt von einer ununterbrochenen Abbaupolitik gegen die Arbeiter und Privatangestellten. Daß dieser Abbau bis zu dreißig und fünfzig Prozent des Einkommens, ja bis zur Massenvernichtung von Existenzen gegangen ist, braucht man doch hoffentlich nicht mehr mit neuen Details zu belegen. Mit dem Argument, daß einer weiteren Kaufkraftschwächung gesteuert werden müsse, haben gerade die sozialdemokratischen Parteien die öffentlichen Angestellten durch drei schwere Jahre vor dem Krisenschicksal der übrigen Bevölkerungsschichten mit Erfolg bewahrt. Wenn nun die Führung des Lehrerbundes diese Argumentation übernimmt und daraus einen Anknüpfungspunkt gegen die Sozialdemokratie abzuleiten sucht, müssen wir sie doch einladen, der Öffentlichkeit mitzuteilen, auf welche Weise die 600 Millionen Gehaltssparnis hätten aufgebracht werden sollen. Wäre — so fragen wir — das Finanz- und Erspargnisprogramm der sogenannten „Exekutive“ jener Lösung vorzuziehen gewesen, die zuletzt von den Regierungsparteien getroffen wurde? Die „Freie Schulzeitung“ mißt uns freigiebig das „Verdienst“ zu, „in die Front der Lohn- und Gehaltsempfänger durch einseitigen Abbau von Bezügen eine Bresche“ gelegt zu haben. War es also zur Festigung der Front der Lohn- und Gehaltsempfänger gedacht, wenn die „Exekutive“ eine Verdreifachung der Fleischsteuer forderte, eine Biersteuererhöhung um 20 Heller pro Liter, wenn sie eine Sonderbesteuerung der Konsumvereine mit 100 Millionen jährlich verlangte, um mehr also, als sämtliche Banken und Aktiengesellschaften an besonderer Erwerbsteuer bezahlen? Durch solche Belastung der seit drei Jahren einseitig Abgebauten wäre wohl der Gerechtigkeit Genüge geschehen? Obwohl die Mitverantwortung des Lehrerbundes an diesen unsozialen und jeden Solidaritätsgefühlen baren Anträgen wohl kaum bestritten werden dürfte, haben wir dieses Kapitel bisher sehr zurückhaltend behandelt, um nicht noch mehr Verbitterung in die Bevölkerung hineinzutragen. Die „Freie Schulzeitung“ lohnt uns diese Generosität, indem sie behauptet, der erste Abwehrartikel der sozialdemokratischen Presse hätte nur den Zweck gehabt, „Mißverständnis zwischen die Hand- und Kopfarbeiter zu tragen, den Unwillen der Arbeiterschaft gegen die angeblich besser situierte Beamtenschaft zu erregen“. Wir buchen diese Unterstellung als neuen Beweis der politischen „Unparteilichkeit“ der Führung des Lehrerbundes.

Die Kellnerin Molly.

Roman von Hans Otto Henel.

Copyright by Fackelteller-Verlag, Berlin. Nachdruck verboten.

Keine Entschuldigung, Herr Kollege, renten Sie die Sache ein. Ich lasse unsere Schule nicht verlassen. Schwachvoll breitet sich der tüdliche Geist der Zweifelsucht und der Internationalität in unserem Vaterlande aus, aber vor unserer Schule möge er Halt machen. Sie sieht Gott sei Dank noch unter dem Zeichen der Hohenzollern, und wenn draußen der Böbel dreist behauptet, daß Deutschland eine Republik ist, ich dulde keinen Vaterlandsverrat in meiner Schule.“

Der Klassenlehrer der Oberprima verließ den Rektor mit rotem Kopfe. Eine Entschuldigung kam ihm gar nicht in den Sinn, denn alles, was der Rektor sagte, war auch seine Überzeugung. Unberechenbarerweise war ihm das dem Schüler gegenüber nicht eingefallen. In heller Wut raste er nach dem Klassenzimmer. Seine Stimme schellte wie eine einschlagende Bombe die Klasse empor.

„Wie hätte ich geglaubt, daß in der Oberprima eines deutschen Gymnasiums solches Lumpentum möglich ist!“

Die Klasse erstarrte in Schrecken. Lumpen? Einige duckten sich in die Bank. War der Diebstahl der Prüfungsschemen entdeckt worden? Sollte man den Klaffenerten beim Bordschiffbruch erwischen?

Der Studentrat hieß fast das Katheder entwei.

„Muß man ihn dulden, die'en Landesverräter, die'en vaterlandslosen Gefellen?“

Die Klasse atmete auf: Es war also nicht so schlimm. Und doch viel böser. Auch nicht der Schüler mit dem unruhigen Gewissen hätte jeht

iparen, was nachher die Agrarier und Nationaldemokraten selber zugehanden, beim Fürsorge- und Schulministerium weit mehr, als die ärgsten Reaktionäre später durchsahen.

In diesem Punkte steht die Politik der Führung des Lehrerbundes nicht nur im Widerspruch zu gewichtigen Volksinteressen, sondern auch im Gegensatz zu den Interessen der Lehrerschaft selbst. Die „Freie Schulzeitung“ beklagt es, daß in den Reihen der Lehrerschaft schon die Arbeitslosigkeit bemerkbar werde und daß der Berufsorganisation daraus Kosten erwachsen. Im Zusammenhang damit wäre die Erwägung anzustellen, um wieviel die Zahl der arbeitslosen Lehrer größer wäre, wenn die so hart angefeindeten Sozialdemokraten die Herabsetzung der Kinderzahl an den Volks- und Bürgerschulen nicht durchgefämpft hätten und wenn beispielsweise in diesem schrecklichen Krisenjahre im Lande Löhnen allein nicht über zweihundert neue deutsche Parallellassen errungen worden wären. Schließlich sollte nicht unbeachtet bleiben, wieviel deutsche Lehrer noch ums Brot kommen könnten, wenn der Zustandsstandpunkt der „Exekutive“ festgelegt hätte und die ganze Wucht des Sparzwanges auf die Fürsorge- und Schulausgaben abgewälzt worden wäre. Es gibt Hunderte von Betrieben im Lande, wo die Arbeiter lieber nur drei Tage in der Woche arbeiten, ehe sie ihre Kollegen aufs Pflaster fliegen lassen.

an der Stelle jenes Burschen sein mögen, der mit zusammengepreßten Lippen beid auf der ersten Bank saß, während der Studentrat ihn mit klammenden Händen brandmarkte. Wie ein Feuerwerk entzündeten die Worte dem entrüstungsbekundenden Runde des Lehrers, glitten an ausgefrorenen Feigefinger entlang und prasselten auf den Schuldigen hernieder.

„Schaut ihn an! So sieht einer aus, der sein Vaterland mit Füßen tritt, der sein eigenes Nest beschmutzt, einer, der vielleicht einmal als bolschewistischer Bombenschmeißer ein untrübliches Ende findet. Er weigert sich, das hehre Vaterlandslied zu singen. Dieser Weichling dünkt sich erhaben über „Deutschland über alles“. Er weigert sich, den großen Feldherrn mit dem Viede aller Deutschen zu ehren, Hindenburg, der Deutschland im Weltkrieg von Sieg zu Sieg geführt hat, für den Millionen Deutsche freudig ihr Blut vergossen haben.“

Die Stimme des Lehrers schnappte über. Ein entarteter, angefaulter Sproß dieser ehrwürdigen Schule sei das, angekränkt vom frechen Gewalttätigkeit der Völkerverfälschung und Völkerverfälschung. Weniger ein Narr, sondern mehr ein Verbrecher.

„Ich frage die Oberprima ausdrücklich, ob sie mit den verwerflichen Gedankengängen einer so beispiellosen Verkommenheit etwas gemein hat oder haben will.“

Ein unbeschreiblicher Tumult tobte auf. Die Jünglinge überboten ihren Lehrer an Entrüstung, besonders auf den hinteren Bänken. Sie ginsten Rosenblüth, der Klassenlehre, bedauerte unter dem Beifallsgebrüll aller, daß leider die Hochachtung vor der Schulschuldisziplin verbiete, nach Gebühr auf der Stelle mit dem Landesverräter abzurechnen. Das Polemikstern — der Angegriffene hieß Stoschewer — sei der Schandpfehl im Freische des Hohenzollerngymnasiums und verdiene, einen Denktettel zu erhalten. Die Ehrenpflicht zur ardeutschen Zeme sei in der

Kohlenaktion für die Arbeitslosen.

Die staatlichen Gruben haben bisher 500 Waggons zu je zehn Tonnen Kohle für die allgemeine Hilfsaktion für die Arbeitslosen gewidmet; außerdem erhielten die Gemeinden im nordwestböhmisches Kohlenrevier, in denen Angestellte der Staatsgruben wohnen, 100 Waggons Braunkohle zur Verteilung an die Arbeitslosen. Ueber Anregung des Ministers für öffentliche Arbeiten verpflichteten sich die größeren Firmen des nordwestböhmisches Braunkohlenreviers, für denselben Zweck 750 Waggons Kohle zur Verfügung zu stellen; mit ihrer Lieferung wurde bereits begonnen.

Außerdem widmen die Staatsgruben aus dem Osttrauer Revier 150 Waggons Steinkohle und die Firmen des Osttrauer-Kattwiner Reviers ebenfalls eine größere Zahl von Waggons Kohle zur Unterstützung der Arbeitslosen.

Für diese Kohle wird die Staatskasse die Steuern und Abgaben refundieren. Die Austerlung auf die einzelnen Bezirke und Gemeinden besorgt das Ernährungsministerium unter Mitwirkung der Ministerien für Inneres und soziale Fürsorge.

Ausführlichere Daten über diese Hilfsaktion werden später mitgeteilt werden.

Die Verwaltungsratstellen der Parlamentarier.

Prag, 29. Dezember. In einer gemeinsamen Sitzung der Präsidien beider Kammern wurde heute über die bisherigen Ergebnisse der vor längerer Zeit in Angriff genommenen Aktion zur Klärstellung der Vereinbarkeit des Abgeordneten- oder Senatorenmandates mit Verwaltungsratsstellen in Banken und Versicherungsgesellschaften Bericht erstattet. Es wurden die angeforderten Gutachten der kompetenten Instanzen über den Charakter einzelner Banken und Versicherungsgesellschaften zur Verlesung gebracht; die noch ausstehenden Antworten sollen urgiert werden.

Die Inkompatibilitätsausschüsse beider Häuser sind schon daran, ihre Arbeiten insoweit abzuschließen, als sie genaue Richtlinien ausarbeiten und ihre Beschlüsse dann den Präsidien der beiden Häuser vorlegen werden. Das ganze Material wird schon in nächster Zeit verarbeieter werden, um so die Voraussetzungen für die Beurteilung dieser Frage und endlich auch für die individuelle Entscheidung der Präsidien der Kammern darüber zu schaffen, ob die Betätigung von Parlamentariern in Verwaltungsräten mit dem Inkompatibilitätsgesetz vereinbar sei, bzw. welche Konsequenzen aus diesen Feststellungen gezogen werden sollen.

deutschen Jugend Gott sei Dank noch nicht vergessen. Das möge der Landesverräter sich gesagt sein lassen.

Die Nachbarn rühten so weit als möglich von dem bleichen Stoschewer ab. Der sagte nicht ein Wort, starrte nur hilflos auf den Lehrer, von dem er diese herbe Beurteilung vielleicht nicht erwartet hatte. Dem Studentrat gewährte es sichtlich Befriedigung, daß die Klasse sich einmütig seiner Empörung anschloß, und er sang kräftig mit, als sich aus dem allgemeinen Wirrwarr schließlich ohne Befehl das Deutschlandlied löste und in lauter Trugigkeit die edelsten Güter des Vaterlandes pries:

Einigkeit und Recht und Freiheit sind des Glückes Unterpfand, blüh im Glanze dieses Glückes, blühe, deutsches Vaterland!

Und als ob die Jünglinge hätten beweisen wollen, wie sehr der gute Deutsche seine Leidenschaften ohne weiteres zu bändigen vermag, sobald die Disziplin es verlangt, legte der Vörm sich augenblicklich, als der Studentrat von der deutschen Vaterlandsliede zur altgriechischen Sprachlehre übergang.

Als Stoschewer in der großen Frühstückspause auf dem Schulhofe erfuhr, was sein Abweichen von den Ueberlieferungen des Hohenzollern-Gymnasiums schon in allen Schulstufen bekannt geworden, Die Klassen der Jüngeren, die selbst dem Abtrünnigen gegenüber die Unterordnungspflicht nicht vergessen, die sie dem Oberprimaner schulden, ließen ihn stillschweigend durch die Gasse ihrer feindseligen Mäde Spieghruten laufen. Die Älteren brannten sich auf diese ausschließlich münische Bestrafung nicht zu beschränken.

Jünglingen. Das Kreuz des Jungdeutschen Ordens“, der Stahlhelm des „Jung-Schibelmus“, der Totenkopf des „Wehrwoifs“, das Palantkreuz der „Völkischen Jugend“ an den Rodauschlägen erwiesen ihre Gefühlsausbrüche als anfällige Früchte einer zwar schwierigen, aber immer noch freudig geleisteten Erziehung zur Vaterlandsliede.

„Schlagt den Kommunistenthund tot!“
„Steinigt das Schwein!“
„Rotes Aas!“
„Lump!“
„Theresites!“

Die absieis in einer Gruppe stehenden Lehrer bemerkten, daß es nicht beim Schimpfen bleiben würde und wandten den Rücken. Das ungeschlächliche Klaffen mag der deutsche Junge nicht lange. Er liebt die Laten. Einer begann damit, Stoschewer zu bespucken, andere eiferten ihm nach. Steine fielen, Hände voll Sand, Stoschewer, Treckstücke. Der bogere Bursche wehrte sich nicht. Unter den Hieben von fünfzig oder mehr Häuten brach er schließlich zusammen.

Als der Schulhof sich beim Klingelzeichen leerte, raffte sich der arg Verprügelte auf und wandte beschmutzt und zerfissen nach Hause. Sein für einen Oberprimaner nicht sehr vorbildlicher Zustand mag ihn überzeugt haben, daß es sich nicht empfiehlt, die Vaterlandsbegeisterung deutscher Gymnasialisten durch eine abweichende Bestimmung zu verleihen und sie danach noch durch ein anscheinend gleichmütiges Benehmen herauszufordern.

Wider alles Erwarten erschien Stoschewer am anderen Tage in der Schule, verblissen zwar, aber sichtlich ungebroschenen Mutes. Wahrscheinlich sagt er sich, daß es nicht ansam ist, kurz vor der Abiturientenprüfung die Schule zu wechseln. Söhne wenig bemittelter Eltern, und ein solcher war Stoschewer, sind ja meistens nicht frei von solchen materiellen Berechnungen

(Fortsetzung folgt.)

Nur ein kleiner Vorfall?

Die „Károdni Listy“ berichten ihren Lesern von dem Aussage des Genossen Stridin, der von dem Verluste eines Koffers mit Aufzeichnungen des verstorbenen Genossen Tuzar erzählt und dabei auch die bekannte Unterredung Rosins mit Seliger erwähnt, jene Unterredung, in der Rosin dem Genossen Seliger erklärte: „Mit Rebellen verhandeln wir nicht!“ Die „Károdni Listy“ sagen, Rosin habe in dieser Unterredung bona fide (im guten Glauben) bemerkt, mit Rebellen verhandle man nicht. Ja, was konnte es für einen „guten Glauben“ geben? Gar keinen, sondern nur einen Standpunkt, eben den Standpunkt des Nationalisten, der in Angehörigen einer anderen Nation, die sich nicht gutwillig unterwerfen wollen, Rebellen sieht!

War das wirklich nur ein kleiner Vorfall, eine bedeutungslose Episode? Oder nicht doch ein wenig mehr?

Stridin erzählte in seinem Aussage davon, daß sich die deutschen Sozialdemokraten ihren tschechischen Genossen gegenüber über diese briefliche Abweisung beklagten, und daß Tuzar um die Verständigung mit den deutschen Sozialdemokraten und mit Seliger bemüht war, obwohl ihm, wie die „R. L.“ höhnisch bemerken, „summa summarum nichts geschahen war“. Ach nein, Seliger ist wirklich nichts geschahen! Man ging, wie Seliger selber berichtete, ganz ruhig auseinander. Aber Seliger war ja nicht als Privatperson gekommen, sondern um Vereinbarungen zwischen Deutschen und Károdni v ý b o r anzubahnen, Verhandlungen über Möglichkeiten einer Verständigung bis zur Entscheidung der Friedenskonferenz. War das wirklich so harmlos? Hatte nicht Masaryk, noch ehe er in seine Heimat zurückgekehrt war, verlangt, man müsse „mit unseren Deutschen verhandeln“? Hatte nicht, Anfangs November das Blatt der tschechischen Nationalsozialisten, „Cesta Slova“, geschrieben, es sei sicher, daß für den tschechoslowakischen Staat die historischen Grenzen würden beibehalten werden, und man habe die Pflicht, darüber mit den Deutschen in Böhmen und Mähren zu verhandeln“, der entscheidende Sieg der Demokratie und des Sozialismus „schliche es aus, mit ihnen anders als von Volk zu Volk zu verhandeln“?

Und als Seliger als Vertreter der Sudetendeutschen verhandeln wollte, wurde ihm geantwortet: „Mit Rebellen verhandeln wir nicht!“ Und als er vom Selbstbestimmungsrecht sprach, wurde ihm geantwortet: „Das Selbstbestimmungsrecht sei zwar eine schöne Phrase, aber jetzt entscheide, da die Entente gesiegt habe, die Gewalt.“

Es war ja nur allzu wahr, die schöne Phrase hatte ihren propagandistischen Zweck erfüllt und es entschied nun wirklich die Gewalt, aber ein Sozialdemokrat, für den politische und moralische Grundzüge doch immer viel mehr waren als schöne Phrasen, hätte wohl das Recht, seiner Erbitterung über den Autoritätsstandpunkt des Hochverrats von gestern auszusprechen, und er hatte die Pflicht, aus dieser Antwort bestimmte politische Schlüsse zu ziehen. Und das hat er getan, als er am 10. November in einer Versammlung auf dem Marktplatz in Teplic-Schönau über das Ergebnis der Unterredung mit Rosin berichtete.

Die „R. L.“ können über diese Rede Seligers und über sein weiteres politisches Wirken nichts anderes berichten, als indem sie von seinen Behauptungen reden. Sie konstruieren gewissermaßen im nachhinein einen Hochverrat Seligers gegen den tschechoslowakischen Staat. Aber den gab es in seinem heutigen Umfange damals noch nicht, seine Grenzen waren noch nicht bestimmt! Und wenn die Sudetendeutschen auch schon ahnen konnten, daß das Selbstbestimmungsrecht ihnen und allen Völkern gegenüber wirklich nur Phrase geworden war, so war es doch in einer Zeit politischer Reuegestaltungen ihr unbestreitbares Recht, ihre Anschauungen darzulegen, für sich selber bestimmte Forderungen zu stellen!

Für die „R. L.“ ist das Urteil über Seliger sehr einfach: „Seliger war vor allem ein Deutscher, ein Mensch mit scharf nationaler Gesinnung.“ Gewiß war Seliger sich seiner Zugehörigkeit zum deutschen Volke bewußt. Aber er war nie ein Nationalist, er war frei von jeder feindseligen Gesinnung gegen andere Nationen, seine Liebe zur eigenen Nation stand in vollem Einklange zu seiner internationalen Gesinnung, — was ja schließlich für Sozialdemokraten eine Selbstverständlichkeit ist. Aber Internationalismus bedeutet doch wachsend nicht freiwillige Unterordnung des eigenen Volkes unter den Willen eines anderen! Internationalismus ist doch nicht gleichbedeutend mit Nationslosigkeit! Sondern: Forderung der Gleichberechtigung für alle Nationen und Gleichschöpfung aller Nationen, Verständigung zwischen den Völkern anstatt der Entscheidung durch die Gewalt, auf die sich in seiner Unterredung Rosin berief!

Das ist so charakteristisch für den Nationalismus: er will über andere herrschen. Und wenn der andere sich nicht beherzigen lassen will, sondern für sich die Gleichberechtigung verlangt, wird er hings zum „Nationalisten“ und „Rebellen“ erklärt!

Es ist die alte Geschichte, die alte Erfahrung, die der tschechische Nationalismus aufs neue befestigt: der Nationalismus will herrschen, und will, daß die anderen sich „loyal“ beherzigen lassen. Wir wissen, daß die Formen, in denen sich dieser Herrschaftswille des tschechischen Nationalismus äußert, die einzig wählbare Form des tschechischen Imperialismus ist, der wie jeder

Imperialismus ökonomisch begründet ist, so daß es sich bei der Aufrechterhaltung dieser uneingeschränkten Macht um ein Klasseninteresse der tschechischen Bourgeoisie und um ökonomische Interessen tschechischer Intellektueller und Kleinbürger handelt. Wir erfüllen aber nicht etwa eine Pflicht gegenüber der deutschen Arbeiterklasse, sondern eine wahrhaft internationale Pflicht, wenn wir dem tschechischen Nationalismus gegenüber für die nationale Gleichberechtigung kämpfen.

Die schwer, wie ungemein schwer es ist, auch nur Teilerfolge zu erzielen, das zeigt die scharfe Ablehnung der Vorschläge Dézers über die Reform der Schulverwaltung durch die tschechische Presse.

Pakt mit kapitalistischen Staaten: Ja. Pakt mit Sozialdemokraten: Nein.

Der gesamten proletarischen Öffentlichkeit wird der Schwindel, den die Kommunisten mit der Parole der Einheitsfront aufführen, immer mehr offenbar. Sie rufen in Versammlungen und in ihrer Presse nach der Einheitsfront, sie fabrizieren in ihren Redaktionen Zustimmungskundgebungen angeblich sozialdemokratischer Arbeiter, sie verlangen das Zusammengehen der Arbeiter der verschiedenen Richtungen in den Tagesfragen. Aber wie von sozialdemokratischer Seite nur ein Wort ertönt, daß man bereit sei, in gewissen proletarischen Fragen mit den Kommunisten zusammenzugehen,

kennen die Kommunisten von ihrer eigenen Parole weg

und erklären, mit der Sozialdemokratie sei ein Zusammengehen unmöglich.

Einen Beweis für diese Auffassung liefert wieder das Verhalten der Kommunisten in den letzten Tagen. Wir haben bereits berichtet, daß der tschechische sozialdemokratische Genosse Koudella in der Weihnachtsnummer des „Pravo Lidu“ den Kommunisten den Vorschlag eines Nichtangriffspaktes mit der Sozialdemokratie gemacht hat. Er hat diesen Vorschlag damit begründet, daß die Kommunisten bei allen grundsätzlichen Erwägungen einen solchen Pakt abschließen können, nachdem ja Sowjetrußland mit kapitalistischen Staaten — zuletzt mit Frankreich und Polen — einen solchen Pakt ohne jede Bedingung abgeschlossen haben. Wir haben an diese Nachricht die Aufforderung an sozialdemokratische Arbeiter geknüpft, die kommunistischen Arbeiter in den Betrieben zu fragen, warum ein solcher Pakt nicht möglich sei.

Das „Rude Pravo“ und der „Vorwärts“ suchen sich nun um die Ablehnung des von Genossen Koudella vorgeschlagenen Paktes mit allen möglichen Argumenten herumzudrücken.

Vor allem wird vom „Rude Pravo“ festgestellt, daß die Nichtangriffspakte mit den kapitalistischen Staaten den Zweck haben, einen Krieg, d. h. eine schwere Katastrophe für die Menschheit zu verhindern. Wir erlauben uns nun, an die Kommunisten die Frage zu stellen, ob die Spaltung des Proletariats keine Katastrophe für die Menschheit ist? Wo wäre es zu einer solchen Stärke des Faschismus in Europa gekommen, wo zu einer solchen Menge von Kriegsgefahr, die in Europa herrscht, wenn das Proletariat noch so stark wäre wie 1918, wenn es eben nicht gespalten worden wäre?

Vor dem Abschluß des Stridin-Prozesses.

Die Angeklagten verteidigen sich. Jglaun, 29. Dezember. Heute erhielt der Angeklagte Stridin das Wort zu seiner Verteidigungsrede.

Er erklärte, daß der ganze gegen ihn geführte Prozeß ungerichtet sei. Neben ihm sitze ein Mann des 2. Oktober (Stridin) und ihn verteidige der Sohn des zweiten großen Mannes dieses Staates (Dr. Rosin). Er habe sich niemals mit Politik beschäftigt und niemals erwartet, daß in seinem Alter auf seine Kosten eine derartige Strafverfolgung ausgeht. Er erklärte, bei Stridins Populärität und bei seinem (Stridins) Bekanntheitsgrad hätten sich sofort Hunderte von Leuten gefunden, die bezeugt hätten, daß sie sich beide kennen, wenn dies tatsächlich der Fall wäre. Er hätte diesbezüglich eine Verfolgung wegen falscher Zeugenaussage nicht riskieren können. Diese einfache Überlegung beweise die Absurdität der ganzen Anklage. Stridin habe er nicht gekannt, ein Interesse an einem Pakt Stridins am Waggongeschäft habe er nicht gehabt. Er habe die reine Wahrheit gesprochen und habe an der Vermittlung der Waggongeschäfte keinen Einfluß gehabt. Seine Provision habe bloß zweieinhalb Prozent betragen und sei keineswegs außerordentlich hoch gewesen. Er lehnt die Anschuldigungen der Anklage ab und schwört, Stridin nicht gekannt zu haben. Er fühle sich unklug und lege mit Vertrauen in die Gerechtigkeit sein Schicksal in die Hände des Gerichtes.

Nach ihm sprach kein Verteidiger Dr. Cervený. Er erklärte, daß Dr. Straník nicht bedacht habe, wie dieser Prozeß die ganze tschechische Öffentlichkeit erzagen werde. Es seien große Geldbeträge aufgebracht und Prozesse geführt worden, um Stridins aus dem politischen Leben zu beseitigen. Den Referenten des Untersuchungsausschusses Koudella nannte er einen Inquisitionsrichter. Dr. Straník einen Turjanian. Der Beweis, daß beide Angeklagte einander gekannt hätten, sei nicht gelungen. Darauf war aber die ganze Anklage auf-

gebaut. Zum Schluß beantragt er die Freisprechung seines Klienten.

Nachmittag ergreift unter allgemeiner Aufmerksamkeit im überfüllten Schwurgerichtssaal der Angeklagte Stridin das Wort. Er reagiert zunächst auf die Ausführungen des Staatsanwaltes, der den ursprünglichen Standpunkt der Klage geändert habe, daß er den Kaufvertrag keineswegs am 28., sondern am 21. Juli 1920 unterzeichnete. Er wehrt sich gegen die Behauptung, daß er einen deutschen „Kaufvertrag“ unterzeichnete hätte. Den Hinweis darauf, daß er Stridins durch Vermittlung Flechs kennen solle, erachte er für unlogisch sowie auch daß Stridin in der Kleinlandwirtevereinigung zu ihm durch eine Hebeamtin gekommen sei. Bezüglich des Verzeihnisses aller angeblichen Unwahrscheinlichkeiten, die er gefügt habe, und seiner Anpassung an die Zeugenaussagen erklärte Stridin, daß jedem das Schicksal verfallen könne.

Er sprach davon, wie Bergler seines Mandates entkleidet wurde, von der Wahl des Untersuchungsausschusses und der Atmosphäre, in welcher die Untersuchung geführt wurde.

Bezüglich des Waggongeschäftes erklärte Stridin, er lege vielleicht bei der Firma Krona u. Walter und er glaube, daß er den definitiven Vertrag überhaupt nicht unterfertigt habe. Wenn er ihn unterzeichnete hätte, hätte die Firma sicherlich nicht 5000 Mark, höchstens 1000 bis 2000 Mark pro Waggon nachgelassen. Als Vater der Idee, die Waggons im Ausland zu kaufen, bezeichnete er Dr. Burger. Hinsichtlich des Preises der Waggons erklärte er, daß sie für ein Viertel des Preises gekauft wurden und er könne nicht dafür, daß das Bankamt mit teuer gekauften Mark gezahlt habe. Er rekonstruierte von neuem die Angelegenheit des Waggongeschäftes, wobei Stridin sich mit Burger verhandelte, das Eingreifen Dr. Oberhor, die Aktion Lustigs und erklärte, daß die Zeugenschaft Schiffs, welcher sich persönlicher Verhandlungen mit ihm rühmte, erstanden sei. Er erklärte, daß in diesem Kampf von Rettungsgeschäften es einem gewissen Teil der tschechoslowakischen Öffentlichkeit eine Freude bereitet habe, einen oppositionellen Minister und Abgeordneten zu

legen nicht im Zusammengehen der Proletarier aller Länder eine stärkere Bürgschaft für die Aufrechterhaltung des Friedens, als in dem Nichtangriffspakt mit reaktionären Regierungen?

Wünschen die Staatsmänner des bolschewistischen Rußland die Zusammenarbeit mit den reaktionären Regierungen kapitalistischer Staaten oder mit Klassenbewußten sozialdemokratischen Proletariern? Das „Rude Pravo“ erklärt, ein Pakt mit der Sozialdemokratie hätte gewisse Bedingungen zur Voraussetzung und es zählt gewisse unpolitische Forderungen auf, die zur gemeinsamen Forderung beider Parteien erhoben werden müssen. Es ist merkwürdig, daß sich die Kommunisten an derartige Bedingungen nicht erinnern haben, als sie mit dem reaktionären Polen einen Nichtangriffspakt abgeschlossen. Den Kapitalisten stellen sie keine Bedingungen, der Sozialdemokratie ja, weil sie eben die Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Staaten wollen, mit den sozialdemokratischen Proletariern aber ablehnen. Dabei rufen es die Kommunisten fortwährend in alle Welt hinaus, daß die kapitalistischen Staaten eine bewaffnete Intervention gegen Sowjetrußland durchzuführen die Absicht haben. Mit ausgesprochenen Konterrevolutionären, welche am liebsten mit Waffengewalt in Rußland einmarschieren möchten, werden also Nichtangriffspakte abgeschlossen, nicht aber mit der Sozialdemokratie, die seit dem Hamburger Kongreß auf allen internationalen Konferenzen ihrer Sympathie für Sowjetrußland Ausdruck gegeben hat und die sich zuletzt in den Beschlüssen vom Mai 1932 gegen Japan und für Sowjetrußland ausgesprochen hat.

Das „Rude Pravo“ erklärt auch, daß ein Nichtangriffspakt mit der Sozialdemokratie unmoralisch wäre. Damit verläßt das kommunistische Organ den Standpunkt des Klassenkampfes.

Wenn ein Nichtangriffspakt mit Kapitalisten moralisch ist, muß es auch ein solcher mit sozialdemokratischen Proletariern sein.

Die Kommunisten sind aber so tief gesunken, daß ihnen das Zusammengehen mit einer reaktionären Bourgeoisie moralischer erscheint, als das mit klassenbewußten Proletariern, die für die Ausrichtung der sozialistischen Gesellschaft mit allem Ernst und aller Leidenschaft, mit Energie und Opfermut kämpfen!

Energetische Schritte gegen die Mazedonier?

Ueber 300 Verhaftungen in Sofia.

Sofia, 29. Dezember. Die Polizei traf Maßnahmen, um die Stadt von allen gefährlichen Elementen zu befreien. In diesem Zusammenhange wurden mehr als 300 Personen aus beiden makedonischen Lagern verhaftet.

waschen. Er erklärt, es gebe keine einzige Sache, für die er sich schämen müßte, denn jedes Geschriebene und Gedruckte hier vorgebrachte Wort diene seiner Rehabilitierung. Jglaun sollte ihn um sein Abgeordnetenmandat bringen. In seinem ganzen Leben habe er keinen anehrlichen Heller genommen und erklärt, daß der Verlauf des dreimonatigen Prozesses, der mit ruhigen Herzen für ihn schließe, ihm die Pflicht auferlege, an der Spitze der Opposition mit oder ohne Abgeordnetenmandat zu verbleiben. Seine Rede dauerte eineinhalb Stunden.

Um halb 6 Uhr ergreift Verteidiger Dr. Rosin das Wort. Der Angeklagte Stridin, habe mit seinem, Dr. Rosin, Vater und mit drei anderen Männern den staatlichen Umsturz durchgeführt. In dem Prozesse habe es sich um, Dr. Rosin, und dem Angeklagten Stridin um die Erforschung der Wahrheit im weitesten Umfange gehandelt. Eine Zeugenaussage Stridins sei de facto überhaupt nicht erfolgt, weil Stridin vom Amtseid nicht entbunden wurde. Ein Beamter könne nicht verhört werden, wenn er nicht des Amtseides entbunden wurde und müsse es wahr, selbst wenn er auszusagen wollte. Da Stridin im Falle Dyma von der Verpflichtung, das Amtseid zu wahren, nicht befreit wurde, sei seine frühere Aussage ungültig und könne daher auch nicht die Grundlage irgendeines Verfahrens bilden.

Nach einem historischen Ueberblick über den Prozeß unterzog Dr. Rosin die Arbeit des Untersuchungsausschusses einer eingehenden Kritik. Der Verteidiger schloß sein Plädoyer mit einer Schilderung der politischen und wirtschaftlichen Lage zur Zeit des Waggongeschäftes.

Die Verhandlung wurde sodann auf Freitag, 9 Uhr vormittags, vertagt.

Keine Bierverleuerung.

Gastwirte und Brauereien tragen die Erhöhung der Umsatzzsteuer.

Prag, 29. Dezember. Der Zentralverband der Brauereien und der Arbeitsausschuß der Gastwirtezentralorganisationen geben bekannt:

„Am 1. Jänner 1933 wurde das Bier mit einer weiteren Steuer von 5 K pro Hektoliter belastet. Obwohl sowohl Brauereien als auch Gastwirte durch den Ausstoß der Erhöhung schwerer betroffen sind und obwohl sie bereits im Mai 1932 im Interesse der Konsumenten und des Staates die damalige Erhöhung der Umsatzzsteuer im Betrage von ungefähr 4 K pro Hektoliter auf sich genommen haben, entschlossen sie sich dennoch mit Rücksicht auf die dringenden finanziellen Bedürfnisse des Staates und auf die allgemeine wirtschaftliche Depression, um dem Bier konsumierenden Publikum soweit als möglich entgegenzukommen, auch diese Steuererhöhung nicht auf die Konsumenten abzuwälzen, und einigten sich über die Verteilung dieser neuen Last zwischen Brauereien und Gastwirte. Der Bierpreis im Gasthause wird somit vom neuen Jahre an nicht erhöht.“

Durch eine Verordnung des Finanzministeriums wird ab 1. Jänner 1933 das Umsatzzschale für Bier, das bisher nach Prozenten bemessen wurde, durch einen festen Betrag ersetzt werden, und zwar bei Schönbier mit 16,40 K pro Hektoliter, bei Lagerbier mit 17,50, bei Pilsener mit 18,90, bei Pilsener Lagerbier mit 21,75 und bei Spezialbier mit 21,50 K pro Hektoliter.

Das neue Verwaltungskollegium der Staatsbahnen.

Prag, 29. Dezember. Im Verwaltungskollegium der tschechoslowakischen Staatsbahnen wurden mit Gültigkeit vom 1. Jänner 1933 einige Änderungen durchgeführt. Der bisherige Vorsitzende des Verwaltungskollegiums Regierungsrat Ing. Smilauer hat vor kurzer Zeit seine Funktion niedergelegt. Zum neuen Vorsitzenden wurde Sekretärschef Dr. J. Riba ernannt.

Das Verwaltungskollegium ist noch den erfolgten Änderungen folgendermaßen zusammengesetzt: Vorsitzender Dr. Riba; stellvertretender Vorsitzender Ing. Otta; Mitglieder: Dr. Kovný, Vorstand der Rechtsabteilung, Dr. Kamencný, Vorstand des Finanzdepartements, J. Paul, Vorstand der kommerziellen Abteilung, Ing. Hanisch, Vorstand des Baudepartements, Ing. Klatošský, stellvertretender Vorsitzender des Maschinendepartements, Ing. Hala, Vorstand des Verkehrsdepartements, Ing. Jbl, Vorstand der Zentralverwaltung des Automobilverkehrs der tschechoslowakischen Staatsbahnen, J. Kofka, Vertreter des Finanzministeriums, und die nichtamtlichen Mitglieder: Dr. Kotovský, Dr. Džurka und der Sekretär der Union der Eisenbahnangestellten Ránek. Vertreter der Mitglieder sind: Dr. Geißler, Dr. Cermák, Kocourek, Ing. Bauer, Ing. Kofka, Ing. Erben, Ing. Táma, Dr. Horák, Dr. Pospíšil, Dr. Havella und Sekretär Blot.

Tagesneuigkeiten

Eine Gemeinde durch Erdbeben zerstört.

27 Tote, 50 Verwundete.

Mexiko City, 29. Dezember. (Reuter.) Später einlangenden Berichten zufolge wurde die Gemeinde Tomatlan in der Provinz Jalisco am 19. Dezember durch ein Erdbeben zerstört. Bei diesem Beben wurden 27 Personen getötet und 50 verwundet.

13 Todesopfer

einer Schlagwetterexplosion in Ungarn.

Bonyhad (nordöstlich von Künstlich), 29. Dezember. (M.Z.) In einer Grube bei Raghmannof ereignete sich gestern eine katastrophale Schlagwetterexplosion. Dreizehn Bergleute wurden getötet, einer lebensgefährlich verwundet. Die Ursache der Katastrophe konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

Zehn Hafnarbeiter ertrunken.

Wellington (Neuseeland), 29. Dezember. Am Mittwoch abends erfolgte am Eingang des Sienenhafens ein Zusammenstoß zwischen einem Dampfer und einem Motorboot, auf dem 31 Arbeiter aus dem Aufseheren zurückgeblieben. Das Motorboot sank. 21 Arbeiter wurden gerettet, die übrigen 10 sind wahrscheinlich ertrunken.

Motorradunglück mit zwei Todesopfern.

Man meldet uns aus Saaz: Auf der Straße bei Klapy im Raasdritter Bezirk fuhr ein in raschem Tempo befindlicher Motorradler aus Eichenbüsch einen auf der Straße gehenden Briefträger an und riß ihn zu Boden, wobei der Beamte so schwere Verletzungen erlitt, daß er kurz darauf verstarb. Aus Verzweiflung über das Unglück beging der Urheber, ein verheirateter Mann und Vater zweier Kinder, Selbstmord durch Erschießen.

Zweites Todesopfer des Brünner Modelunglücks.

Das schwere Modelunglück in Brünn hat bereits ein zweites Opfer gefordert. Der schwer verletzte Fabrikant Sandholz ist in der Nacht auf gestern in der Brünner Landeskrankenanstalt verschieden. Im Hause des Witwens war Sandholz einige Male aus seiner Bewußtlosigkeit erwacht und man hoffte schon, ihn retten zu können, als gestern eine Verschlechterung eintrat, was den Tod zur Folge hatte. Der kleine Sohn der getöteten Frau Furch, der bei dem Unglück gleichfalls schwer verletzt wurde, lag in den gestrigen Abendstunden noch in tiefer Bewußtlosigkeit. Sein Zustand ist noch wie vor außerordentlich bedenklich.

Auf der Hochzeitsreise im Flugzeug verbrannt.

Paris, 29. Dezember. Nach einer Blättermeldung aus Madrid stürzte gestern das Postflugzeug Barcelona-Toulouse in der Provinz Lerida brennend ab. An Bord befand sich der Pilot und zwei Hochzeitsreisende. Der Pilot und die junge Frau verbrannten, der Ehemann wurde schwer verletzt.

Grippe-Epidemie in Nordamerika.

New York, 29. Dezember. (Reuter.) In den Vereinigten Staaten wütet zur Zeit, ähnlich wie in Großbritannien, eine Grippe-Epidemie. Die amtlichen Sanitätsorgane melden aus 35 Staaten 43.997 Grippefälle, doch entspricht etwa ein Achtel dieser Zahl dem wirklichen Stand der Erkrankungen. In der Stadt New York allein sind 10.000 Grippefälle zur Anmeldung gebracht worden.

132.000 Steuerträger in USA

erhalten 3 Milliarden Ké zurückerstattet.

Washington, 29. Dezember. Die Staatskasse entpfordert den Anruhen von 132.055 Steuerträgern, die gegen die Steuervorschriften für das Jahr 1932 Rückers erhoben hatten. Die Staatskasse zahlte diesen Steuerzahlern im ganzen 86.583.564 Dollars zurück (das sind annähernd etwa 3 Milliarden Ké). Bei dieser Rückerstattung von Steuerzahlern wurde von der Staatskasse die Praxis gebilligt, daß von jedem bezahlten 18 Dollars heils ein Dollar zurückerstattet wurde. Der höchste Betrag wurde der Postoffice United Fruit rückerstattet, und zwar 2.960.000 Dollars. Unter den Steuerträgern, denen anscheinliche Beträge retourniert wurden, befindet sich u. a. der Posthalter der Vereinigten Staaten in London, Mellon, dem 7869 Dollars zurückergeben wurden, weiter der bekannte Filmschauspieler Douglas Fairbanks, der 72.000 Dollars erhielt, der bekannte Filmliedling Ramon Novarro, welcher einen Betrag von 7604 Dollars bekam, der Filmschauspieler Conrad Nagel, welcher 6000 Dollars erhielt und Oberst Lindberg, dem 1243 Dollars zurückerstattet wurden.

Eine Tiroler Gemeinde muß ihr neues Schulhaus versteigern!

Innsbruck, 29. Dezember. Die Tiroler Marktgemeinde Jenbach ist detart ver schuldet, daß ihr Gemeindebesitz, vor allem aber das neue große Schulhaus, versteigert werden müssen. Die Versteigerung des Schulhauses ist für den 9. Jänner 1933 angesetzt. Es heißt, daß sich für das große Schulhaus, das für Jenbach viel zu groß und auch zu kostspielig ist, die Gemeinde Wien interessiert, die hier ein modernes Erholungsheim errichten will.

Blutige Versteigerung in einer keirischen Gemeinde.

Graz, 29. Dezember. Gestern vormittag erschien der Gerichtsvollzieher Franz Hubmann in der Ortshaus Neuhagen, wo er bei dem Landwirt

197.000 Francs der Wiener Wirtschaftspolizei verfallen.

Wien, 29. Dezember. Die Wirtschaftspolizei hat auf Grund mehrfacher Einnahmen in Angelegenheit des Valutenschmuggels der Juweliersgattin Zipper festgestellt, daß ein Valutashmuggel nach Polen geplant war. Frau Zipper gab an, daß der im Schmuggelverkehr verborgene Betrag von 197.000 französischen Franken Eigentum der Züricher Juwelenhandelsfirma Frisch u. Co. sei, die diesen Betrag vor einiger Zeit dem Gatten der Angeklagten Leo Zipper ins Depot übergeben habe. Gisela Zipper wollte nun über Auftrag ihres Gatten Leo Zipper diesen Betrag an die Firma Frisch nach Zürich zurücksenden und dies sei infolge der bestehenden Valutabestimmungen in Oesterreich nicht anders möglich gewesen, als daß sie die Saluten nach Polen schmuggelte, von wo es ein Leichtes gewesen wäre, den Betrag in französischer Währung an die Schweizer Firma zu überweisen. Leo Zipper, der bisher noch nicht nach Wien zurückgeführt ist, konnte daher noch nicht einvernommen werden. Die Strafamtshandlung ist eingeleitet worden.

Die Wirtschaftspolizei hat nach Abschluß der bisherigen Erhebungen auf Grund des vorliegenden Tatbestandes über die Juweliersgattin Zipper eine Geldstrafe von 12.000 Schilling, im Nichterbringungsfall von drei Monaten Gefängnis verhängt. Die beschlagnahmte Summe wurde für verfallen erklärt.

Allah ist groß - heißt aber jetzt „Tanuri“.

Istanbul, 29. Dezember. Heute wurden viele Muezzin (Gebetserländer) mit Gefängnis bestraft, da sie sich weigerten, nach neuen Vorschriften bei den religiösen Zeremonien Allah mit dem türkischen Namen „Tanuri“ anzurufen. Mustafa Kemal ordnete an, daß mit Beginn des Ramadan (der großen türkischen Fastenzeit, der neunte Monat im arabischen Kalender) die Gebete und die Gebetsaufforderungen in türkischer Sprache und nicht mehr, wie bisher üblich, arabisch, zu vollziehen sind. Die Muezzin zeigten großen Unwillen darüber, daß sie nach dieser neuesten Verordnung nunmehr türkisch lernen müssen.

Eine Fremdenlegion der Arbeit? An und für sich ist gegen Auswanderung aus einem Lebensraum, der überfüllt ist, nichts einzuwenden. Wenn aber die Sklavwerke (Schneider & Kreuzer, Rüstungskonzern, Paris und überall) — unsere jungen Menschen wecks „Montage von Maschinen“ in die 3. A. französischen Kolonialgebiete der nordafrikanischen Länder verschicken, so wäre einzuwenden: in der Jugend — noch dazu in den Entwicklungsjahren dieser Nachkriegs- und Kriegsjahrend der Glendzeit der Erde — ist das Klima jener Länder nur für Spaziergänger nicht sehr gefährlich, für arbeitende, schwer arbeitende Europäer des Nordens — wozu „Mittel-europa“ klimatologisch gehört — in der Regel vernichtend. Fieber bleibt nie aus, und seine Folgekrankheiten (für Nieren, Leber, Magen, Herz) sind mindestens lebenskraftverringern, in sehr vielen Fällen tödlich. Vielleicht befehlen sich unsere zuständigen Stellen des Nahen mit jenen „Montage-Arbeitern“, die für kurze Zeit in jenen Ländern geist, distastabel waren. Aber, für Monate. Jahre ist jenes Klima nur für abgehärtete, jäh, erwachsene Menschen quasi geeignet — wenn diese ein kürzeres Leben bei höherem (?) Lohn dem Inlandslohn und Glend vorziehen.

Verbandsrat der Privatangestellten. Wie wir der Allgemeinen Anstelltenzeitung (Köln) entnehmen, findet der ordentliche Verbandsrat des Allgemeinen Angestelltenverbandes (Reichsverband) Oktober 1933, und zwar Sonntag, den 15., und Sonntag, den 16. April, in Karlsbad statt.

Die neue Glühbirnensteuer. Ueber die gestrigen Ministerberatungen erzählt das Abendblatt des „Casse Slobo“, daß u. a. die Steuer auf Glühbirnen behandelt wurde, die 10 Millionen einbringen soll. Die Steuer wird bei den kleinsten Glühbirnen für die Taschenlampen mit 20

Kerschbaum eine Versteigerung vorzunehmen. Als Hubmann in Begleitung des Bürgermeisters vor dem Hause Kerschbaumers erschien, war es von einer Anzahl von ortsanässigen Bauern besetzt, die mit Steinen und Prügel bewaffnet waren. Plötzlich stürzten sich die Bauern auf den Exekutionsbeamten und den Ortspostschreiber, die beide blutig geprügelt und schließlich in das Haus eingesperrt wurden. Als die beiden mit Schwere Mühe ins Freie gelangten, wurden sie neuerdings angefallen, mit Fußtritten traktiert und mit Rotten und Stöcken geschlagen. Auch mehrere Steine wurden gegen die beiden Anwesenden geschleudert. Die Ueberfallenen, die schwer mißhandelt wurden, wurden schließlich von der Gendarmerie befreit, die mehrere Landwirte verhaftete. Die Exekution konnte nicht mehr durchgeführt werden.

Hellern beginnen und nach der Wattzahl ansteigen. Bei 500 Watt-Lampen soll die Steuer bereits 10 K ausmachen; für je weitere 100 Watt soll ein Zuschlag von K 2.50 eingehoben werden.

Unter Brandstiftungsverdacht. Im vergangen Sommer war in der Eisenmöbelfabrik Heinrich in Böhm-Wiesenthal bei Weipert ein Brand ausgebrochen, welchen das gesamte Gebäude zum Opfer fiel. Der Besitzer baute die Fabrik neuerlich auf, doch wurde im heutigen Spätherbst mehrfach vermischt, das Gebäude in Brand zu faden, so daß sich der Verdacht, schon das erste Feuer sei gelegt worden, immer mehr verstärkte, um so mehr, als dem Besitzer Drohbriefe geschickt und mehrfach auch Fenster des Gebäudes durch Steinwürfe zertrümmert wurden. Schließlich wurde ein junger Arbeiter namens Höll als der Brandstiftung dringend verdächtig verhaftet und dem Bezirksgericht Joachimsthal eingeliefert. Bei seiner Einnahme gab er erst an, von einem Arbeitskollegen namens Schmidt zur Brandlegung veranlaßt worden zu sein, worauf auch Schmidt festgenommen und dem Gerichte überstellt wurde. Später änderte Höll seine Aussage und beschuldigte den Besitzer der Fabrik Heinrich dahingehend, daß er behauptete, von Heinrich 100 K dafür erhalten zu haben, daß er Feuer gelegt habe. Auf Grund dieser Aussage wurde Heinrich ebenfalls verhaftet und dem Gerichte eingeliefert, obwohl er jede Schuld entschieden in Abrede stellte. Bei der fortgesetzten Untersuchung wiederholte Höll plötzlich seine Beschuldigung, so daß Heinrich auf freien Fuß gesetzt wurde, da auch die Geger Staatsanwaltschaft keinen Grund zu einem Einschreiten gegen Heinrich gegeben sah. Die Affäre hat im Kreise Weipert-Joachimsthal erhebliches Aufsehen hervorgerufen. Gegen Höll wird das Verfahren nicht nur wegen Brandstiftung durchgeführt, sondern auch wegen Verleumdung und Fälschung der Behörde eingeleitet werden. Interessant ist übrigens, daß er, nachdem er seine ursprüngliche Beschuldigung gegen Heinrich widerrufen hatte, wenige Tage nach der Entlassung Heinrichs neuerlich behauptete, von dem Fabrikbesitzer zur Brandlegung angestiftet worden zu sein.

Gräßliches Jagdnglück. Dienstag ereignete sich bei einer Kreisjagd in Langendorf (Mähren) ein entsetzliches Unglück. Als nämlich der Jagdteilnehmer Josef Groß sein Gewehr auf einen aufgeschreckten Hasen in Anschlag bringen wollte, kam er bei der hastigen Bewegung mit dem Gewehrzügel in Berührung, beide Schäfte gingen los und die ganze Ladung der Gewehrläufe traf den als Treiber beschaffigen Gäusler Josef Thramer aus Langendorf in den Untersiefer, der vollständig zertrümmert wurde. Auch die Junge wurde zerissen. Der Mann liegt in hoffnungslosem Zustand im Sternberger Krankenhaus.

In der Wohnung der Mutter erhängt. Wie uns aus Saaz gemeldet wird, hat der 23jährige verheiratete Bäcker Johann D. in der Wohnung seiner Mutter Selbstmord durch Erhängen begangen. Die Mutter fand kurz vor 4 Uhr morgens ihren Sohn in einem Zimmer tot auf, schnitt den Strick, an dem er hing, ab, um so die Spuren des Freitodes zu verwischen und erstattete sodann bei der Polizei, die indessen einwand-

frei den Selbstmord feststellte, die Anzeige. D. hat die Tat aus Schwerkraft über eine Erkrankung verübt.

Eine gelähmte Frau fällt auf den Ofen und verbrennt. Die gelähmte Frau des Gastwirts Ghurikowitsch in Sillein fiel in Abwesenheit ihres Mannes aus ihrem Krankensessel heraus und auf den daneben befindlichen Ofen. Bald standen ihre Kleider in hellen Flammen. Ehe Hilfe herbeigerufen werden konnte, war die Frau bereits verkokelt.

Drei maskierte Räuber drangen in der Nacht zum Donnerstag in das Besitztum des Gutbesizers Schulze-Wedding bei Münster ein. Der Gutsherr wurde von den Räubern durch einen Schuß getötet.

Vom Rundfunk Das Radiowesen im Staatsvoranschlag für 1933.

Im Voranschlag für das Jahr 1933 sind als Ertrag des tschechoslowakischen Rundfunkwesens 54 Millionen Kronen eingelegt, denen Ausgaben in der Höhe von 18.900.000 Kronen gegenüberstehen. Diese 18.900.000 K stellen den 33prozentigen Anteil an den Bruttoeinnahmen aus dem tschechoslowakischen Rundfunk dar, welcher der Gesellschaft „Radiojournal“ als Entschädigung für die Verwaltungs- und Regieauslagen, die mit der Beforgung des Programms des Radiodienstes verbunden sind, bewilligt wurde. Im Voranschlag für das Jahr 1932 waren als Bruttoeinnahmen 43.200.000 K vorgegeben, das Plus für das Jahr 1933 beträgt demnach 10.800.000 K. Die Ausgaben für 1933 sind gegenüber dem Voranschlag für 1932 um 2.700.000 K niedriger gehalten. Der Reingewinn, der für das Jahr 1932 mit 35.100.000 K errechnet wird, ist im Vergleich zum Voranschlag für 1932 um 13.500.000 K höher. Als Grundlage für die Errechnung der Bruttoeinnahmen wurde ein Stand von 450.000 zahlenden Radiokonfessionären angenommen. Der Gesamtstand der zahlenden Radiokonfessionäre betrug am 1. Jänner 1929 236.952, am 1. Jänner 1930 266.333 (plus 29.381 Personen), am 1. Jänner 1931 313.392 (plus 47.059 Personen), am 1. Jänner 1932 382.156 (plus 68.764 Personen), am 1. Dezember 1932 456.621 (hierzu 3021 nicht-zahlende Personen).

Die Reineinnahmen aus den Radiogebühren betragen:

für das Jahr 1929 13.553.958 K

für das Jahr 1930 15.412.451 K

für das Jahr 1931 20.396.968 K

Investitionen werden im Jahre 1933 nur in sehr geringem Ausmaße durchgeführt werden. Der Investitionsvoranschlag enthält einen Betrag von 500.000 K für den Neubau eines Gebäudes für ein Radiostudio, in welchem auch ein Teil der Postdirektion untergebracht ist, und weiter einen Betrag von 70.000 K für einen Zubau zur Sendestation in Brünn-Kumrowitz. Für die Rekonstruktion der radiotelegraphischen Zentralsendestation in Prag sind 3 Millionen K in den Voranschlag für 1933 eingelegt, der Verfertigung der Radiozentrale im Hauptpostgebäude werden 500.000 K gewidmet. Für die Anschaffung von verschiedenen Inventargegenständen für radiotelegraphische und Rundfunkstationen werden 600.000 K bereitgestellt. Schließlich ist noch ein Betrag von 400.000 K zur Anschaffung von Apparaten zur Kontrolle des Rundfunks und für das akustische Laboratorium im Voranschlag für 1933 vorgegeben. (R.N.)

Empfehlenswertes aus den Programmen. Samstag.

- Prag: 6.15 Symphonie, 11.00 Schallplatten, 18.25 Deutsche Sendung: Silberstein, 19.00 „Die verkaufte Braut“, Oper von Smetana, 20.40 Silberstein-Kobarett, 22.25 Operette, 23.55 Mitternachtsstunde. — Brünn: 12.30 Orchesterkonzert, 18.25 Deutsche Sendung: Bunte Silberstein. — Berlin: 18.00 Pieder. — Muhlacker: 17.30 Mandolinenkonzert. — Königsberg: 15.45 Orchesterkonzert. — Langenberg: 21.45 Kammermusik. — Leipzig: 17.00 Das Spiel vom deutschen Bettelmann, Rundfunklichtung. — München: 12.00 Glatz singt, Furtwängler dirigiert. — Wien: 16.30 Chorborträge, 20.00 Tempo der Zeit, Sinfonieorchester, 22.00 Wir schalten auf 1933, 1.00 Tanzmusik.

Wann ist Christus gestorben?

Ein „heiliges Jahr“ ohne jedwede historische Grundlage.

Aus Rom wird berichtet: Die vom Papste am Weihnachtstage erfolgte Verkündigung des „Außerordentlichen heiligen Jahres“ in Erinnerung an den vor 1900 Jahren erfolgten Tod Jesu hat in diesem Antriebsjahre sowie in der katholischen Welt überhaupt ein gewisses Befremden hervorgerufen, da sachkundige Kreise der Ansicht sind, daß der Feiertag jedwede historische Grundlage mangle. Sie behaupten nämlich, daß Christus nicht genau vor 1900 Jahren starb, denn man begann erst im Jahre 516 der jetzigen Zeitrechnung die Jahre der Geburt Christi zu zählen.

Außerdem konnte auch nie mit Genauigkeit die Zeit der Geburt und des Todes Jesu fixiert werden. Hierüber existiert bloß die heillosige Angabe „zur Zeit des Herodes“ und auch das Alter Christi vor 33 Jahren ist absolut kein historisches und wird in den heiligen Büchern auch nicht angeführt. Daraus ergab sich, daß die einzelnen Forscher entweder das Jahr 29, 30 oder 33 der Aera vulgaris als das Todesjahr Jesu angaben. Infolge dieser historischen Unsicherheit und wegen des Umstandes, daß das Mysterium der Auferstehung alljährlich so ipso gefeiert wurde, sprachen sich die maßgebenden Kreise allgemein dahin aus, das 1900-jährige Jubiläum nicht zu feiern. Es hat daher überzählt, daß der Papst aus rein religiösen und sicherlich auch aus wirtschaftlichen Gründen der gegenwärtigen Zeit das außerordentliche heilige Jahr proklamiert hat, wobei er der historischen Unsicherheit teilweise dadurch Rechnung trug, daß er das Jubiläumjahr auch noch auf einen Teil des Jahres 1934 ausgedehnt hat.

Razifante geborsten. Die Strafkammer in Sonderhausen verurteilte den Justizobersekretär Rudolf Wolfram wegen Amtsunterschlagung und Beseitigung von Testamenten zu 14 Jahren in 14 Fällen zu zwei Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für zwei Jahre. Wolfram war ein eifriger Nazimann.

Satzplünderer verhaftet. Donnerstag, den 24. Dezember, gegen Abend wurde von der Gendarmarie in Pardubice und Solikow der 40-jährige Franz Martin ergriffen, der wegen Verabreichung von Gubern und wegen Diebstahls auf dem Friedhofe in Pardubice wiederholt verfolgt wurde. Seine Komplizen, die Lebensgefährtin Marie Resdor und ihr Sohn Jendel, wurden gestern von der Polizei in Pardubice verhaftet. Martin leugnet, doch wurde die ganze Gesellschaft durch eine Menge bei ihr gefundener Sachen überführt. Sie raubten systematisch Wertgegenstände aus den Gräbern auf dem Friedhof, aus dem Kolomborium und aus dem Krematorium in Pardubice. Die Nachrichten einiger Blätter, daß sie auch die Leichen in den Särgen im Krematorium beraubt haben, entsprechen nicht der Tatsache, da die strenge Kontrolle im Krematorium in Pardubice Diebstähle ganz unmöglich macht. Martin ist ein gefährlicher Berufsverbrecher, der im ganzen 15 Jahre Kerker verbüßt hat und bewußt für sein Pflanz.

Streit der Bauern. Mehrere tausend Bauern in der Umgebung der französischen Stadt Tours haben sich entschlossen, keine Düngemittel mehr zu kaufen, bevor die Mindestpreise für Getreide nicht bedeutend heraufgesetzt worden sind.

Viscaya—Mittelmeer. Die französische Senatsgruppe für den Großschiffkanal Biscaya—Mittelmeer hat den ihr vorgelegten Bauvorschlag positiv begutachtet. Die Verwirklichung des Vorschlags würde bei 13,5 Milliarden Francs Kosten für sechs Jahre Arbeit geben. Die Senatsgruppe hofft, daß dem Parlament bald ein entsprechender Gesetzentwurf, der die Realisierung des Projektes herbeiführt, vorgelegt werden kann.

Freunden des Dritten Reiches. Das von der Naziführung dem thüringischen Volke überreichte Weihnachtsgeschenk war eine Schlachtsteuer, die eine neue Belastung der Konsumenten bedeutet. Damit wenigstens die Beamten eine Christfreude erhielten, wurde angeordnet, daß am dritten Weihnachtstage zur Ersparung der Heizkosten alle Staatsämter geschlossen bleiben. Mehr brachte die ganze Naziveisheit nicht zutage.

Feuertochter-Ingulf. Die Motorsprünge der Freiwilligen Feuerwehr in Stockach (am Bodensee) geriet Donnerstag vormittags auf dem Wege zu einer Brandstätte in Wühlungen infolge Glätteisens ins Gleiten und stürzte in einen Bach. Ein Mitglied der Wehr wurde auf der Stelle getötet; fünf Feuerwehrleute mußten mit Arm-, Beinbrüchen und inneren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Bei dem Brand in Wühlungen wurden die Scheune, die Stallungen und das Ziegenwerk eines Landwirtes eingeschert.

Das achte Weltwunder.

In New York wurde mit festlichen und reueartigen Vorbereitungen, bei denen u. a. die deutsche Sängerin Vera Schwarz und der Tänzer Harald Krcupberg von der Berliner Staatsoper mitwirkten, das 6200 Sitzplätze fassende Romy-Theater und das ungefähr gleich große Romy-Kino eingeweiht. Beide Theater bilden einen Bestandteil von „Radio-City“ — jener Stadt in der Stadt, die die Rockefeller Widows Corporation zwischen der fünften und sechsten Avenue,

von der 48. bis zur 51. Straße errichten läßt. Drei gewaltige Gebäudeeinheiten sollen außer den jetzt fertiggestellten Nischenbühnen das größte Bürohaus der Welt mit zweieinhalb Millionen Quadratfuß verweisbaren Raumes, ein Niesen-Klubhaus und einen Neubau der Metropolitan-Oper enthalten. Es soll in „Radio-City“ auch keine kahlen Dächer mehr geben, sondern mehrere übereinander gelagerte Dachgärten, deren große Rasenflächen mit Bäumen, Büschen, Statuen, Springbrunnen und sogar einer Nachbildung des Niagarafalls geschmückt werden sollen. In der Verwirklichung dieser Pläne sehen Enthusiasten „das achte Weltwunder.“

Der schwimmende Flugplatz.

Die Deutsche Luft Hansa beabsichtigt durch die Verankerung des zum Flugfeldpunkt umgebauten Dampfers „Westfalen“

Die Belämpfung der Tuberkulose im Winter.

Warum Höhenklima? — Die Pionierarbeit der Heilstätten. — Auch seelische Regeneration. Von Dr. G. Jäger.

Der Krebs und die Todesfälle, die infolge einer Krebskrankung eintreten, haben zwar rein zahlenmäßig die Tuberkulose teilweise erreicht, teilweise überholt, die Lungentuberkulose bleibt aber nach wie vor ein Gespenst, das Siedtum und Tod verdrängend umgibt. Dem planmäßigen Aufbau der Tuberkulosebelämpfung, wie sie nach dem Krieg international durchgeführt wurde, ist es zu verdanken, daß diese Krankheit nicht ins Uferlose gewachsen ist und noch mehr Opfer gefordert hat als bisher. Zahlreiche Heilstätten für Tuberkulose nehmen sich heute der Erkrankten an. In leichten Fällen vermag ein verhältnismäßig kurzer Kururlaub in inseländischen Anstalten genügen, bei fortgeschrittener Erkrankung aber bedarf es eines Aufenthaltes in dem in der ganzen Kulturwelt bekannten Dabos. Die Lungenscheidenden aller Länder eilen Jahr für Jahr in großer Anzahl an diesen Ort, um dort Heilung und Genesung zu suchen und zu finden.

Schon sehr früh hat man in wissenschaftlichen Untersuchungen festgestellt, woran diese Heilerfolge eigentlich beruhen. Dr. Burchard von der Kaiser Poliklinik hat darüber bereits im Jahr 1905 eine genaue Statistik aufgestellt. Der Gelehrte hat damals gefunden, daß drei Jahre nach einer Kur in Dabos von einer Anzahl von ihm beobachteter Lungenerkrankter fast 100 Prozent mehr erwerbsfähig geworden waren, als von einer gleichen Anzahl, die keine Heilmittellieferung durchgemacht hatten. Nach einer weiteren Zählung betrug die Todeszahl der in Dabos Behandelten nach dreijähriger Beobachtungzeit beinahe nur den dritten Teil der sonstigen Fälle. Diese kleine Statistik zeigt ungefähr ein Bild, das man als allgemeingültig bezeichnen darf.

Die Wissenschaft weiß, daß im Höhenklima von Dabos ein stark verminderter Luftdruck herrscht, der mühelosere und intensivere Atmung gestattet. Außerdem strahlt die Sonne bedeutend längere Zeit und viel kräftiger als im Tiefland und enthält ferner besonders viele der heilbringenden kurzwelligigen ultravioletten Strahlen. Die Höhenluft ist ferner außerordentlich trocken und macht dadurch die Winterkälte weniger fühlbar. Genoue Blutuntersuchungen haben ergeben, daß der lebenswichtige Blutfarbstoff sich in der Höhe bedeutend rascher vermehrt. Die Höhenluft enthält fast gar keine Krankheitskeime. Durch die schon erwähnte Lufttrockenheit ist es auch im Winter möglich, lang ausgedehnte Spaziergänge im Freien durchzuführen, ohne daß der Patient sich erkältet. Gerade diese Freiluftkuren sind ja von hervorragender Wichtigkeit. Der ganze Körper

versuchtweise die Einrichtung eines Flugverkehrs zwischen Europa und Südamerika. Die „Westfalen“ soll etwa auf halbem Wege im Atlantischen Ozean stationiert werden. Die Luft Hansa wird die bei Tiefseeaufnahmen des Marinevermessungsschiffes „Meteor“ gemachten Erfahrungen verwenden. Auch bei 5000 Meter Tiefe und bei Windstärke 5 und 6 genügen für den „Meteor“ zwei kleine Anker von je 100 Kilogramm Gewicht. Für eine derartige Verankerung waren 6000 Meter Trosse nötig, weil etwa 1000 Meter Trosse auf dem Meeresboden lagen und durch ihre Reibung am Grunde die Unbeweglichkeit des Schiffes herbeiführten. Im ganzen war das Inferie des „Meteor“ bei einem Gewicht von über fünf Tonnen 7500 Meter lang. Es lassen sich ohne weiteres auch noch stärkere Stahltrassen herstellen. Zur Entlastung des Ankersechirrs muß auf einer „schwimmenden Insel“ bei starkem Sturm die Antriebsmaschine in Anspruch genommen werden.

trägt sich viele Stunden am Tage aus, die Atmung geschieht mühelos, die Ruhe läßt den ganzen Lungapparat besser durchbluten, zumal die saubere Luft besonders geringe Anforderungen und Reizungen an die Bronchien stellt. Es gelangen nämlich durch die Reinheit der Atmosphäre nur ganz geringe Keimkonzentrationen ins Blut. Ferner erzielen die Freiluftkuren eine bedeutende Abhärtung gegen spätere Lufttemperaturrückwirkungen. Diese Abhärtung kommt dem Patienten auch für die Zeit nach Beendigung der Kur zugute.

Die Kranken lernen in den Heilstätten außerdem auch die Vorteile einer allgemeinen hygienischen Lebensweise kennen, sie lernen vorsichtig mit ihrem gefährlichen Auswurf umzugehen und dadurch auch ihre Umgebung zu schützen.

Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß es unmöglich ist, ganz allgemein günstige Regeln für die Vermeidung in die Höhenluftkurorte aufzustellen und daß daraus nicht alle Lungenerkrankten dort hingeholen. Schwere Lungentuberkulose, deren Herz schon so weit angegriffen ist, daß sie dauernd einen Puls von über 120 Schlägen haben, Patienten mit geschwärtzter Kehlkopf- oder Tuberkulose des Darms und des Bauchfells gehören keinesfalls an besonders hoch gelegene Orte.

Derartig „unte“ haben in den zahlreichen Sanatorien von Dabos nichts zu suchen, sie bilden also auch keine Gefahr für die übrigen Patienten, wie denn überhaupt die sanitären und hygienischen Maßnahmen der Art nicht eine Ansteckung untereinander absolut verhindern. Beweis dafür ist der Gesundheitszustand der anfälligen Bevölkerung, bei der die Zahl der Tuberkulose-Erkrankungen tief unter den Ziffern sogar ähnlich gelegener Orte liegt.

Neben den reinen Heilmethoden wirkt der schöne Hochgebirgsort vor allen Dingen auch durch seine landschaftlichen Reize in tiefgreifender Weise auf die Heilenden. Niemand hat das besser geschildert als der große Jean Jacques Rousseau, der einmal sagte: „Auf hohen Bergen atmet man freier und fühlt sich fürperlich leichter, wie gelöst röhlicher; mir ist, als ob die Gedanken selbst einen Anflug von Größe und Erhabenheit annehmen, mit den Gegenständen, über die unser Blick schweift, in Einklang treten; als ob man, sobald man sich über die Wohnstätte der Sterblichen erhebt, alle niederen irdischen Gefühle zurückläßt und als ob die Seele, je mehr man sich der ätherischen Region nähert, etwas von der sich stets gleichbleibenden Reinheit derselben annimmt.“

„daß dieses Pferd jung ist, ist kaum zwei oder drei Jahre her, daß es die Welt erblickt hat. Schau nur, was für ein feuriges Tier das ist. Ich schwöre bei Allah, daß du auf diesem Pferde jeden Ritter beim Wettrennen überholen kannst. Es ist ein junges Pferd, ganz ohne Makel, ohne die Spur eines Makels, ich schwöre es bei Allah!“

„Und betrügst du mich nicht?“ fragte der Bauer.

„Wie dumm du doch bist!“ rief der Händler, die Arme gegen den Himmel erhebend, „nein, wie kann man mit so dumm sein. Wollte ich dich betrügen, wie konnte ich da bei Allah schwören? Mauchst du, ich möchte eines Pferdes wegen mein Seelenheil verlieren?“

Der Bauer nickte und nahm das Pferd und bezahlte es mit klingendem Geld.

Allah wartete, bis der Kauf abgeschlossen war, dann trat er an den Händler heran: „Heda, guter Mann, was hast du bei Allah geschworen, wo es doch keinen mehr gibt?“

Der Händler tat die Goldstücke in seinen Beutel, schüttelte ihn, daß die Moneten hell erklangen, und erwiderte pfiffig:

„Ich weiß, daß es keinen Allah mehr gibt; nur aber der Purche ohne meinen Schwur den Gaul gekauft? Nader sieht doch, daß das Pferd alt und schwach ist und an den Hufen Geschwüre hat.“

Allah lachte und ging weiter.

Als er so weiter ging, erblickte er den ihm bekannten armen Duffein, der auf dem Rücken einen ungeheuren Balken schleppte. Hinter Duffein schritt sein Dienstherr Ibrahim. Der unglückliche Duffein wankte unter der schweren Last bei jedem Schritt, der Schweiß floß ihm in Strömen von der Stirn und die Augen traten ihm häuerlich aus den Höhlen. Ibrahim aber ging ungerührt und brummte:

„Duffein, Duffein, fürchtest du nicht Allah? Du willst Balken tragen und hast es noch nicht gelernt, dich schnell zu bewegen. Wenn du weiter so langsam machst, wirst du nicht zwei Balken an Ort und Stelle schaffen. Das ist nicht recht von dir, Duffein. Du darfst nicht deine Seele der Gefahr ewiger Verdammnis so aussetzen. Bedenke, Allah sieht alles und zürnt dir sehr, weil du deine Arbeit so faul verrichtest. O Duffein, ich muß dir nochmals sagen, daß Allah dir sehr zürnt.“

Allah gab Ibrahim einen bedeutungsvollen Ellbogenstoß, führte ihn beiseite und fragte:

„Warum rufst du denn Allah fast bei jedem Schritt? Es gibt doch seit einigen Wochen keinen Allah mehr.“

„O mein lieber Herr“, gab er zur Antwort, „das weiß ich recht wohl, aber was soll ich tun? Wie kann ich diesen Menschen auf andere Weise dazu bewegen, den Balken schneller zu tragen? Wer soll denn die vielen Balken, die noch heute fortzuschleppen sind, wegtragen? Soll ich einen zweiten Arbeiter aufnehmen? Das wäre doch mein Verlust. Soll ich ihn schlagen? Er ist viel kräftiger als ich, er könnte mich umbringen. Allah ist der Stärkste von uns allen, ich schreie also Duffein mit Allah.“

Allah schüttelte den Kopf und ging weiter. Nebenher, wohin er kam, hörte er nur keinen Namen: Allah, Allah, großer Allah! Der Tag neigte sich dem Ende zu, lange Schatten fielen auf die Erde hernieder. Auf dem dunklen Firmament erstrahlte die weiße Silhouette des Minarett, von dessen Spitze die Stimme des Muezzin erklang.

„Allah ist groß! Allah ist groß!“

Allah richtete den Muezzin und fragte:

„Wo auch du rufst Allah an, obwohl du ganz gut weißt, daß es keinen Allah mehr gibt?“

Prozess seit 250 Jahren.

Ein Pariser Wassertäger fordert die Herausgabe von 40 Millionen Goldfranken! — Der Stammgott im Justizpalast.

Paris, Ende Dezember. (Wg. Ber.) Die Pariser Öffentlichkeit beschäftigt sich seit langem mit einem Prozeß, der in seiner Art einzig ist: als Beklagte treten auf: Napoleon, der Staat Preußen und die Republik Frankreich; Kläger H... ein armer Pariser Wassertäger. Und „da streiten sich die Pestherum“ schon an die 250 Jahre! Das Ganze mißt wie eine von hochhofter Phantasie erdichtete Gröteske an.

Gegen die Wille des hochachtbaren Jahrhunderts wanderte der Franzose Jean Tiberi aus Frankreich nach Italien aus und ließ sich in Genua nieder. Das Glück war ihm hold; er häufte in zwei Jahrzehnten ein großes Vermögen an. Als er im Jahre 1676 starb, hinterließ er Werte in der Höhe von 40 Millionen Goldfranken in Goldbarren, Palästen und Ländereien. Gleich nach dem Tode Jean Tiberis erzwang die französische Regierung im Auftrag der französischen Bevollmächtigten des Reichshofes die Behörden in Genua um die Herausgabe des Geldes aus formellen Gründen — anscheinend war es den pfiffigen Genuanern gelungen, einen Fehler an der Fassung des Testaments herauszufinden — wurde das Geld Frankreichs abgeholt. Die Franzosen erhoben Klage. Dieser Prozeß allein währte nicht weniger als hundert Jahre, ohne daß es zu einem Ergebnis gekommen wäre. Napoleon machte dann den Versuch unter den ersten Akt dieser Tragikomödie. Bei seinem Einbruch in Italien beschlagnahmte er die heimströmenden Millionen des Tiberi und verwandte sie für die Ausrüstung seines Heeres.

Nach Napoleons Niederlage und Verbannung wandten sich die Nachkommen des venezianischen Tiberi an die damals eben erst restaurierte französische Regierung und verlangten ihr Geld. Aber die Regierung ließ antworten, daß sie nicht einbehalte, wieso sie für die Schulden des „verbrecherischen“ Napoleon aufzukommen hätte... So lief der Prozeß weitere Jahrzehnte.

Nach dem deutsch-französischen Krieg im Jahre 1871 verachtete die preussische Regierung von den damals lebenden Nachkommen Tiberis ihre Rechte auf die Erbschaft abgetreten zu bekommen. Anselm Hoffe sie, über frühere Gründe zu verfügen als die rechtmäßigen Kläger. Die Tiberis jedoch, durch fanatischen Patriotismus geblendet, weigerten sich, das immerhin ansehnliche Angebot Preußens anzunehmen. Der Prozeß ging weiter. Die Erben hielten immer noch zu ihrem Recht zu kommen.

Dann wurde den Tiberis ein mächtiger Schlag versetzt. In Frankreich wurde ein Verjährungsgebot erlassen. Nach diesem Gebot verlor die Erbschaftsansprüche, falls ihnen aus irgend einem Grunde 50 Jahre lang nicht nachgegangen wurde, automatisch den Staatsbürgel. Damit machte alle dieser Erbschaftsprozeß von Rechtswegen als abgeschlossen betrachtet werden. Aber die Tiberi sind jäh. Sie gaben nicht nach; sie verpublizierten ihr letztes Vermögen in diesem ausschließlichen Kampf!

Jetzt leb; in Paris der letzte der Tiberi. Er ist bettelarm und ernährt sich knapp durch Wassertragen in fernem Gegenden, die noch keine Wasserleitung haben. Dieser greise Mann ist ein würdiger Erbe seiner herrnlichen Familie. Immer wieder versucht er, sich in Konzilien der Anwälte und in Verhandlungen einflussreicher Personen Eintritt zu verschaffen. Er ist in den Straßen von Paris eine bekannte Persönlichkeit geworden. Viele Kinder sind auf ihn gebildet, viele Wege über ihn gemacht worden. Das alles tut ihm nicht. Er ist von seinem Recht belesen. Man sieht ihn oft auf den Treppen des Justizpalastes übernachten. Er glaubt selber daran, daß einmal der Tag kommen wird, an dem der Letzte der Tiberi Tiberi bleibt in diesem gefährlichen, ungleichen Kampf... C. E.

Allah auf den Lippen.

Von H. W. Doroschetowitsch.

Eines Tages wurde Allah seines ewigen Amtes müde. Er stieg von seinem Thron hinab, verließ seinen Palast, trat auf die Erde und verwandelte sich in einen gewöhnlichen Sterblichen. Er habete jeden Körper im Fluße, schloß des Nachts im Grase und närrte sich von Beeren, die er im Walde vorfand. So vergingen viele Tage.

Die Vögel sangen indessen, die Fische plätscherten im Wasser, die Blumen blühten, kurz, die Welt tat so, als ob gar nichts von Bedeutung vorgefallen wäre.

Allah lächelte und dachte: „Die Welt habe ich vortrefflich erschaffen; sie hat ihre seit Urzeiten angeordneten Bahnen, von denen sie nicht mehr abweichen wird. Wie geht es aber den Menschen ohne mich? Die Fische sind dumm, die Vögel ebenfalls, wie lebt aber der Mensch, das vernunftbegabte Wesen, seitdem ich von meinen Döden nicht mehr auf ihn blide — besser oder schlechter?“

Zinnend durchwanderte Allah Felder, Fluren und Haine, bis er endlich in die große Stadt Bagdad kam.

„Nun also, wie ich lebe, sieht die Stadt noch immer auf demselben Pied“, dachte Allah. Die Stadt befand sich tatsächlich noch auf derselben Stelle wie früher; die Esel und die Kamele brüllten und die Menschen gingen ihrer Beschäftigung nach.

„Alles recht schön“, dachte Allah, „nur höre ich niemanden meinen Namen rufen.“

Gern hätte er wissen wollen, wovon die Leute sprachen. Er ging also weiter, bis er auf den Marktplatz kam. Gerade verkaufte ein Hund er einem jungen Barenhändler ein Pferd.

„Ich schwöre bei Allah“, rief der Händler

„Sprich leiser“, rief der Muezzin, „sprich leiser, Ungläubiger! Wenn jemand das höre, wäre es zu Ende mit meinem Ansehen. Niemand käme in die Moschee, niemand brächte eine Opfergabe, wenn es bekannt würde, daß es keinen Allah mehr gibt.“

Allah Gesicht verfinsterte sich, er richtete die Augen gen Himmel und schwebte, zu einer Feuerküle verwandelt, in die Höhe, ohne den Muezzin, der vor Angst auf dem Boden lag, weiter zu beachten.

Er kehrte in seinen Palast zurück, legte sich auf den Thron und begann wieder auf die Erde hinabzuschauen. Aber sein Lächeln vergoldete mehr kein Antlitz; traurig blickten die Augen des Ewigen in die irdische Ferne.

Büßlich erziehen, zitternd vor Schred, ein rechtschändiges Seelchen vor Allah und hat um Einlaß in das Paradies.

„Sprich, was hast du Gutes während deiner Erdenlaufbahn getan?“ fragte Allah.

„Ich habe, o großer Allah, stets deinen Namen gerufen.“

Allah machte eine unwillige Bewegung.

„Und was weiter?“

„Allah, was ich tat, tat ich in deinem Namen.“

„Schon recht, aber was hast du sonst noch Gutes getan?“

„Ich ermahnte alle, dich stets zu lobpreisen und deinen Namen bei jeder Gelegenheit auf den Lippen zu haben.“

„Da hat sich die Wäde verlobt!“ lachte ironisch der mächtige Allah.

Die Seele zitterte noch immer wie im Fieber. „Du siehst, daß es nicht gut um dich bestellt ist“, sagte Allah und wendete sich ab, während ein pechschwarzer Teufel das Seelchen bei den Füßen packte, um es in die Hölle fortzuschleppen.

So schrecklich zürnte Allah dem Menschen. Autorisiertes Uebersetzung aus dem Russischen.

PRAGER ZEITUNG.

Eine Weihnachtsfeier auf der Deutschen Klinik.

Am Spätnachmittag liegen die anderen Kliniken im möglichen Dunkel — die Eingangstüren der Deutschen Klinik sind von Tannengrün umrahmt. Inmitten eine Kerzen-Ampel, die innige Feierlichkeit leuchtet. In jedem Zimmer der Landesgebäudeanstalt ein Weihnachtsbaum und für jede Patientin ein Teller mit Feiertagsgebäck. Außerdem der eine größere Saal zur besonderen Feier des Festes der sozialen, unterschiedslosen, weltlichen Menschlichkeit geschmückt. Auf großem Tisch die Geschenke für die dem Dienst widerwärtenden Schwängerinnen; für die Geburtshilfsmännchen, sogar für die Kräfte, von denen fast alle — bis auf zwei Assistenten und zwei provisorischen Leiter Prof. Dr. Schenk! — ohne Gehalt arbeiten. Für die Demonstratoren zahlte die Regierung das gesetzlich unangenehme Stipendium (!) von monatlich 150 K (!) noch immer nicht aus — seit Monaten. Rühmlich können nur reiche Leute Gehalts-Kerze werden — wenn sie... wollen... — Zeit Jahren sind die deutschen Kliniken die einzigen, wo es eine Feier mit Geschenken gibt. Und seit vielen Jahren ist auf der Deutschen Klinik der Geburtshilfsmann die erste Schulgebirmerin, die Geburtshilfsmännchen aufspärend — man sagt mir: auch mit eigenem Gelde — tätige, Geschenke an die Kerkeln unter den Armen, an die Jungen, sehr oft „ledigen“, werdenden und leidend Männer, die Feier überhaupt zu ernstlichen Kennen wir doch ruhig den Namen dieser Proletariatlerin der Anstellung, dieser Millionären dem Herzen nach Frau Zwiedel. Wochenlang ging sie sammeln, also... betrieff für andere. Prof. Schenk samt Frau haben ebenfalls etwas dazu, die deutschen Weihnacht der Deutschen Klinik zu ermöglichen.

Baby-Ausstattungen, Früchte und Süßigkeiten, ein besonderer Baum für die Arbeitenden, ein Rockstuhl, wie es auch ausnahmsweise die sonst stiefmütterlich bedachten Kräfte (und die Ärztinnen) hatten. Fischsuppe, Karaffen etc. Die Wöchnerinnen bekamen von der Direktion allerdings nur „Fischsuppe“ und den üblichen Reisbrei.

Im großen Saale versammelten sich die arbeitenden Frauen, die Ärztin, die Kräfte, Prof. Schenk samt Frau, die Geburtshilfsmännchen, Frau Zwiedel glücklichwünsche für alle anderen, in jedem Zimmer sprach für alle eine Patientin... (Es war ein aufnahmefähiger Tag, der 24. Dezember 1932: Bierzechen neue Gebirgerinnen.) — Das Gramophon spielt in das Leid der Baumkranz hinein das alte, süße Lied von der Geburt des ersten Großen anderer Zeitrechnung, der nur Brüder und Schwäger unter den Menschen konnte. In das „Stille Nacht“ hinein aus dem nebenan liegenden Kreis-Saal ein leiser Gebirgslied der ersten Mutter und der erste Schrei des neuen Menschen, von dem wir hoffen wollen, daß er, ein von Joch des Hungers, der Kälte und der Erlöser, in eine erlebte Zeit hineinkömmt, in welcher preisendend Jahre Christentum der Lehre Pragis des Alltags geworden sind: Sozialismus der Tat, jenseits Konfessionen. — Tat, wie „müßigsten einmal im Jahre durch die allmätigliche...“ einer schlichten Frau des Volkes und ihrer bestehenden Helfer auf der Deutschen Klinik zur Feier wird.

Wo immer man die, zum allergrößten Teile slawische Bevölkerung über Klänken u. ä. sprechen hört, die Patientinnen hier, die Besucher im Wartezimmer — immer hört man das Lob der deutschen Kliniken, die alle, aber auch alle bezuzugten.

Wer der Weihnachtsfeier auf der Deutschen Klinik bewohnte — die meisten Kräfte sind jung und sozialistisch —, wird sie in dankbarer Erinnerung behalten!

Marie Reimann-Trostbe.

„Gisa“ in einem Prager Autobus. Ein Leser schreibt uns: Am 27. d. Mts., gegen Abend, fuhr ich von der Autobusstation unterhalb des Heims der „Chronik“ wänt a tojencö“ mit dem Autobus zur Endstation der Herr Elektrischen in Area Knapp vor der Station erholte ich mich zum Aussteigen; der Autobus machte einen plötzlichen Auf, ich wurde mit dem Ellenbogen in die merkwürdig dünne Heftschilde geschleudert, es geschah aber nur dem Vorstößel ein paar Schmitze. Der Konduktor forderte Legitimation und notierte die Adresse zur Bezahlung der Glasheibe. Der (— noch dazu Schand tragende!) Fahrer (Kaufmann) wollte einen Polizeistellen holen. Der einfichtvollere und weniger gewissenlose Konduktor lehnte das ab. — Die Brutalität des Anfahrens, haltend die keine Rücksicht auf Publikum wie Moskainen nimmt, ist in Prag fastjam bekannt. Es kam zu genügend vielen Gerichtsaffären. Wogegen wir die Sach: so: die Elektrischen Unternehmen bezahlen den Rad und der Geschädigte und Gefährdete das Fenster. Die Fahrer etc. kann nur eine feilsche Sozialisierung oder das Landesgericht „ändern“.

Gerichtssaal

Ein Kampf um die Wasserleitung.

Die Starckpflanz der Befragenden und ihre Folgen. Prag, 29. Dezember. Eine nicht alltägliche Angelegenheit wegen Hausstriedensbruches und Erpressung wurde heute vor dem Senat des OGA. Kspapil verhandelt. Auf der Anklagebank saßen acht Angeklagte, wovon die Zahl der Beteiligten aber keineswegs erschöpft ist. An der Sache, welche Anlaß zu dieser Verhandlung gab, waren gut und gern 200 Personen beteiligt und die acht auf der Anklagebank hatten eben nur das Best, daß sie erwirkt wurden. Dieser sonderbare Fall spielt in einer Marktgemeinde in der Nähe von Prag.

Die besagte Gemeinde hatte den Bau einer Wasserleitung beschlossen, was den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung, die größtenteils aus Arbeitern besteht, entsprach. Dieses Projekt mißfiel jedoch einigen reichen Großgrundbesitzern, die sich darüber entsetzten, daß der Bau möglicherweise eine Erhöhung der Gemeindefinanzlagen mit sich bringen würde und daß sich ihr Geldbeutel etwas weiter öffnen müßten, um den proletarischen Hungerleidern gesundes Wasser zu beschaffen. Diese Herren hatten natürlich kein Interesse an dem Projekt, denn jeder von ihnen hatte auf seinem Hof einen Brunnen und gutes Wasser in Fülle und Fülle. Die anderen mochten nicht zusehen. In der Gemeindebestande gab es befruchte Auseinandersetzungen zwischen der kommunistischen Mehrheit und der agrarischen Opposition. In einem positiven Resultat gelangte man aber nicht. Vielmehr überreichten die drei Großbauern David, Sima und Blakal einen Refus gegen den Beschluß der Gemeindevertretung, der die Durchführung des Projektes betraf, so daß die Sache auf die lange Bank geschoben war und damit auch die Hoffnung vieler Arbeitloser, bei dem Bau Arbeit zu finden. Die Eskalation gegen die drei Beschwerdeführer war allgemein.

Am 27. April d. J. explodierte dieser Streit der Bevölkerung. Gegen acht Uhr abends versammelten sich in etwa 200 Mann jährender Hausen vor dem Hof des Großbauern David, der die Seele der Agitation gegen das Wasserleitungsprojekt gewesen war. Schließlich drang die Menge in das Gehöft

und ihre Führer Hydra und Kubista stellten dem Bauer des Ultimatum, binnen fünf Minuten seine Unterschrift auf der Refus-eingabe schriftlich zurückzugeben. Er weigerte sich und die Folge war, daß man ihm das elektrische Licht ausschaltete, einen Scheitel auszog und allerhand schändliche Dinge sagte. In ganz ähnlicher Weise erging es der aufgebracht Menge von den andern beiden Bauern, die den Refus unterschrieben hatten. Die Wüterik der Eingabe.

Die Folgen blieben nicht aus. Die Staatsanwaltschaft erließ in dem — alles in allem so heillos harmlosen — Vorgang den Tatbestand der eingangs genannten Verbrechen und erhob Anklage gegen acht Führer dieser erschrecklichen und gefährlichen Rebellion. Die Verhandlung dauerte den ganzen Vormittag und war reich an Zwischenfällen. Der Verteidiger hielt es für angezogen, den Gerichtshof zu wiederholtenmalen als voreingenommen abzuwehren und so mußte Kreisgerichtspräsident Vinhart selbst in diesen Prozeß eingreifen. Die Einrede der Verteidigung hinsichtlich der Voreingenommenheit des Senates wurde abgewiesen und schließlich gelangte der Gerichtshof gegen zwei Uhr zur Urteilsfällung. Alle Angeklagten wurden zu je acht Monaten schwerem Kerker verurteilt, einer erhielt sechs Monate, die weiblichen vier Mann je drei Monate. Von diesen Verurteilungen wurde drei Angeklagten eine zwei-jährige Bewährungsfrist erteilt. Alle anderen Strafen sind unbedingt.

Kunst und Wissen

Sonntag nachmittags um 2.30 Uhr findet eine Aufführung von Herbert Hauptmanns „Vor Sonnenaufgang“ statt. Diese Vorstellung findet zu ganz kleinen Preisen statt. Galletheater von K 3 bis 9, Parktheater 12 und 14, Theaterplatz 16 K. Vorverkauf hat begonnen.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Freitag, 8 Uhr: „Wenn die kleinen Vögel schlafen“ (L 2). — Samstag, 7 Uhr: „Hofkapelle“ (L 2); 8 Uhr: „Sibyllen der Wunderbar“ (M).

Spielplan der Kleinen Bühne. Freitag, 8 Uhr: „Der Geisterzug“ (Kulturverhandlungsreihe). — Samstag, 7 Uhr: „Dreimal Offendach“; 8 Uhr: „Sonnens Geheimnis“, Silvester-Vorstellung: „Brüderlein fein“.

Krebs hat Tuberkulose eingeholt.

Wie groß die Not durch Krebserkrankungen in der jüngsten Zeit besonders in Deutschland ist, beweist die Zahl von fast 70.000 Menschen, davon 30.000 Männer und über 38.000 Frauen, die im Jahre 1929 an Krebs gestorben sind. Die Zahl der an Krebs gestorbenen übertrifft bereits die der an Tuberkulose Verstorbenen um 10.000 Fälle im Jahre. Dabei ist allerdings zu beachten, daß die Zunahme der Todesfälle an Krebs, die in den Nachkriegsjahren konstatiert wird, im steigenden Durchschnittsalter der Bevölkerung begründet ist.

Die Schwierigkeit der Krebsbekämpfung liegt vor allem darin, daß die Frühdiagnose bei Krebserkrankungen der inneren Organe außerordentlich erschwert ist. Daraus ergibt sich der große Wert der von Königspejzisten geleiteten Spezialinstitute. Neben der Röntgenagnostik führen diese Institute auch die pathologisch-anatomische sowie die chemische Untersuchung durch. Für die Träger der Sozialversicherung entsteht deshalb die außerordentlich wichtige Forderung, diagnostische Institute zu schaffen, die eine exakte Frühdiagnose ermöglichen. Es ist heute für den praktischen

Arzt unmöglich, all die Methoden zu beherrschen und die teuren Apparate zu besitzen, die für die Frühdiagnose des Krebses notwendig sind. Deshalb muß im Rahmen der Sozialversicherung ein Weidewang für Krebsverdächtige eingeführt werden. Dieser Weidewang muß einer Zentrale zugeleitet werden, die sich mit allen diesen Weidewangen von Krebsverdächtigten befaßt.

Der Verband der Berliner Krankenkassen hat einen solchen Weidewang bereits eingeführt. In Uebereinstimmung mit den Lebensversicherungsanstalten und den Kerkzen Berlins wird dieser Weidewang für Krebsverdächtige von dem Chefarzt, Dr. Bendig, geleitet. In der kurzen Zeit vom 1. bis zum 31. Juli 1932 wurden 1585 Weidewänge erstattet, hiervon entfielen allein 309 Fälle in das Gebiet der Onkologie, 34 Prozent aller Fälle also waren Unterleibskrebs der Frau. Die Kranken werden angeleitet, die Behandlung bis zur vollständigen Heilung durchzuführen, welche frühestens nach fünfjähriger Beobachtung ausgeprochen werden kann.

Die Vielgestaltigkeit des Krebses erfordert auch eine Vielgestaltigkeit der zu seiner Bekämpfung bestimmten Institute. Wichtig ist, daß durch ausgedehnte Propaganda die zur Bekämpfung geeigneten Institute zur Kenntnis des Publikums gebracht werden. Das Stockholmer und Pariser Institut der Zentralinstitute ist also nicht unbedingt die nützlichste Lösung dieses Problems. Vielmehr sollten durch Kommissionen regional die geeigneten Institute festgestellt werden, denen auch die soziale Fortbildung der Kräfte obliegen soll. Jeder Berliner Krankenkassenarzt erhält zum Beispiel ein Merkblatt über die Frühdiagnose des Krebses. Aber damit allein ist es heute nicht getan. Die praktischen Erfahrungen haben gezeigt, daß in Zukunft eine vorangehende und notwendige Vorfrage notwendig sein wird, so lange noch immer die Gleichgültigkeit der Kranken besteht und so lange die frühzeitige Erkennung des Krebses medizinisch noch auf so schwachen Füßen steht.

Prominente Kräfte sind der Ansicht, daß man mit dieser Methode der Krebsbekämpfung heute bereits den richtigen Weg beschritten hat. Wie es in Deutschland gelungen ist, die tuberkulose Sterblichkeit immer mehr von ihren hohen Ziffern herunterzubringen, so wird es auch mit vereinten Kräften gelingen, die Krebsnot erfolgreich zu bekämpfen und die Zahl der an Krebs Verstorbenen sowie die Zahl der Krebserkrankungen überhaupt erheblich zu vermindern. Ratswendig ist allerdings, daß den Krebsbekämpfenden Stellen nicht die staatlichen Mittel entzogen werden. Es ist eine gefährliche Kurzsichtigkeit, bei der Pflege der Volksgesundheit Ersparnisse machen zu wollen. Ein solches Verfahren wird sich bitter bewähren. (Nach dem Bericht von Dr. D. L.)

Vereinsnachrichten

Allgemeiner Angestelltenverband, Reichenberg, Ostgr. Prag II. Jägertraba nam. 4 „ÖÖ“. Amtsstunden: täglich von 5-6 und Samstag von 1-2 Uhr.

Mitgliederversammlung mit Vortrag am 5. Jänner 1933, Donnerstag, 8 Uhr abends, im Handwerkerheim, Smecly, Kleiner Saal. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten hat Gen. Reismann einen

Lichtbilder-Vortrag über Schweden, Land und Leute, mit besonderer Hervorhebung des Handels und der Industrie dieses Landes. — Gäste aus befreundeten Organisationen haben um halb 9 Uhr Zutritt zu diesem Vortrag.

Winterhilfe. Aus den bisher eingelaufenen Beiträgen wurden arbeitslosen Mitgliedern Kohle, Bekleidungsgegenstände, Lebensmittel und Bargeld beigelegt. Die Aktion wird selbstredend weitergeführt.

Augenheilstadl am 4. Jänner 1933, Samstag, im Pelnesaal. Eintrittsarten im Vorverkauf sind in den Amtsstunden zu beziehen und weilers auch im Verein deutscher Arbeiter am Tage der Bühnenaufgabe.

Dankbare Tiere.

Der anhängliche Tiger. — Das Gedächtnis eines Elefanten. — Ein Löwe rettet seinen Herrn. Von Karl Singer.

Hunde haben sich in vielen und verschiedenen Fällen als Lebensretter betätigt, aber auch manches wilde Tier hat durch sein Verhalten seinem Herrn und Meister das Leben gerettet. In früheren Zeiten waren die Methoden der Tierbändiger, die sie anwandten, um Tieren Kunststücke beizubringen, nicht sehr „menschlich“, damals mag also auch die Anhänglichkeit der Tiere an ihre Feindlinge nicht besonders groß gewesen sein. Aber die Zeit hat darin einen grundlegenden Wandel geschaffen, und die meisten Tierbändiger von heute lieben ihre Tiere wie ihre Freunde und werden meist von ihnen im gleichen Maße wiedergeliebt.

Von einem Tiger erzählt man sich eine Geschichte, die deutlich seine große Anhänglichkeit an seinen Herrn beweist. Dieser trat mit seinen wilden Tieren in einem Zirkus in Irland auf. Eine Löwin sollte durch einen Reifen springen, aber das Tier war bodig und ließ immer wieder seitwärts vordringen, statt hindurchzuspringen. Der Tierbändiger wachte aus Erfahrung, daß er jede Gewalt über die Löwin verlieren würde, wenn er ihr diesmal ihren Willen ließe; er mußte sie also immer von neuem auffordern, den Sprung zu machen. Mitleidig lauerte das Tier sich nieder und setzte zum Sprung an, mit böse funkelnden Augen. Im gleichen Augenblick aber schoß ein schneidiger Körper wie ein Pfeil durch die Luft auf die Löwin zu. Die beiden Tiere prallten im Sprung zusammen und wälzten sich dann brüllend und beißend am Boden. Der Bän-

diger vertief schleunigst den Käfig; die beiden Tiere mußten durch den Wärter getrennt werden. Der Tiger hatte seinem Herrn das Leben gerettet, denn er hatte deutlich beobachtet, wie böse die Augen des wütenden Tieres funkelten und daß es nur zum Sprung ansetzte, um dem Pändiger an die Kehle zu fahren. Die Schnelligkeit des Tigers hatte das Unglück verhütet.

Ein Elefant bewachte seinen Herrn davor, von einem Tiger zerissen zu werden. Der Tiger hatte den Mann angegriffen, in diesem Augenblick aber trat der Elefant hinzu und stellte seine mächtigen vier Säulenbeine so auf, daß der Dimpfeur hinter ihnen Schutz finden konnte, bis Hilfe herbeieholte, und der Tiger unschädlich gemacht wurde. Daß die Elefanten unglücklich und anhänglich sind, wissen alle, die mit ihnen umgehen. Wenn ihnen etwas Gutes getan wird, bleiben sie dem Betreffenden immer dankbar, wie sie aber auch umgekehrt Unrecht niemals vergessen.

Ein Elefant eines Wanderzirkus erkrankte eines Tages an heftigen Magenkrämpfen, so daß der Tierarzt gerufen werden mußte. Er untersuchte das Tier und behandelte es, so daß es bald wieder gesund war. Als der Zirkus nach vier Jahren durch dieselbe Stadt zog, — die Elefanten wurden im Zuge hindurchgeführt, trat dieser Elefant plötzlich aus den Reihen und ging auf einen Mann zu, der auf dem Bürgersteig stand und den Zug betrachtete. Mit dem Köpfel begann er ihn zu liebkosen; es war derselbe Tierarzt, der ihn vor vier Jahren gesund gemacht hatte.

Einem wunderschönen Löwen verdankt der weltberühmte Tierbändiger Fogare sein Leben. Er konnte eines Tages aus einer spanischen Wernagerie einen besonders schönen und klugen Löwen, der sich überaus schnell an seinen

neuen Herrn gewöhnte. Fogare verbrachte zwei Stunden täglich damit, diesem Löwen Kunststücke beizubringen. Die erste Vorstellung des Tieres war ein Triumph für Fogare. Als die Dressurnummer zu Ende war und der Löwe hinausgeführt werden sollte, kam noch das Glanzstück. Fogare bückte sich wie zufällig nach einem Mantel, den er vor der Kummer abgelegt hatte. In diesem Augenblick sprang der Löwe auf ihn los und warf sich über ihn. Laut brüllend wälzte er sich mit dem schreienden Tierbändiger am Boden, das Publikum war wie gelähmt und wartete mit Spannung, wie die Sache ablaufen würde. Schließlich aber löste sich Fogare unbeschädigt aus den Klauen des Löwen, küßte ihn auf die Nase und entfernte sich unter beispiellosem Beifall mit dem Tier.

In Fogares Tiergruppe befand sich ein Tiger, dessen Temperament nicht allzu zuverlässig war. Dieser Tiger war im gleichen Käfig wie der Liebling Löwe. Da die beiden Tiere gut miteinander auskamen, wurden eines Tages noch ein paar junge Löwen in den Käfig gesetzt. Der Tiger kümmerte sich zunächst nicht um sie, bis das eine Junge auf ihn zulief, ihn mit der Zape belospte und mit ihm spielen wollte. Da sprang er rasend auf, packte das Löwenjunge und schnittelte es wütend. Fogare bemerkte den Zwischenfall, und da er für das Leben des kleinen Löwen fürchtete, eilte er in den Käfig und schlug dem Tiger mit der Faust auf das Maul, bis er das Löwenjunge losließ. Da aber stürzte sich der wütende Tiger auf Fogare und schlug ihn zu Boden. In diesem Augenblick kam der Lieblingslöwe seinem Herrn zu Hilfe. Er stürzte sich auf den Tiger und drängte ihn mit seiner gewaltigen Kraft in eine Ecke des Käfigs ab, so daß Fogare sich in Sicherheit bringen konnte.

KINO-PROGRAMM
vom 29. Dezember 1932 bis 4. Jänner 1933

Wran-Urania-Kino
Hilfslos schone Sina Pratz
DOLLY HAAS III

„Scampolo“
mit Ludwig Diehl und Paul Heberlein.

Wo verkehren wir?

Café „Continental“, Prag, Graben

LIDOVÝ DŮM
(Gen. Wieslawa Opavský)
Tägliche Konzerte. PRAG II., Hyberská Nr. 7.

Direktor: Dr. G. Schönbach. Redakteur: Dr. G. Schönbach. Druck: Druckerei des Reichs-Verlagsanstalt Prag. — Für den Druck verantwortlich: Otto J. B. — Die Zeitungsabonnementpreise wurden von der Reichs- u. Landesverwaltungen mit Beschluss Nr. 11.200/1111/1930 festgelegt. — Preis des Heftes: 300.—, einschließlich 10.—, einschließlich 40.—. — Jahresabonnement: 3.000.—, einschließlich 300.—, einschließlich 400.—. — Zusätzliche Kosten laut Preisverzeichnis. — Rückstellung von Unkosten erfolgt nur bei Einstellung der Abonnenten.